Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265. Montag, den 11. November 1918. 25. Jahrg.

Die Gründung der deutschen Volksrepublik.

Wie der freie Volksstaat in Berlin konstituiert wurde.

Um den raschen Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu gefährden, hatte die sozialdemokratische Parteileitung sich am Freitag entschlossen, ihr mittags um 12 Uhr ablaufendes Ultimatum auf Thronverzicht des Kaisers und Kronprinzen noch einmal zu verlängern. Dabei war jedoch ausdrücklich ausgesprochen worden, daß es sich nur noch um einen Aufschub von einigen Stunden handeln könnte. Die Vertrauensleute der Partei aus den großen Berliner Industriebetrieben stimmten am Freitag abend dem Entschluß zu. Am Sonntag morgen trat erneut Parteileitung, Fraktion und Arbeiterrat zusammen, wie schon seit Wochen die Parteileitung täglich in engster Fühlung mit den Vertretern der großen Betriebe stand. Als unmittelbares gemeinsames Ziel schwebte allen die völlige Durchführung der Demokratisierung, die Herbeiführung des Waffenstillstandes und die Abdankung des Kaisers vor. In den ersten beiden Punkten waren die gewünschten Ziele erreicht. In der Kaiserfrage aber ließ sich noch Freitag nacht ein bestimmtes Ergebnis nicht erzielen. Scheidemann erklärte daher der Regierung, daß die Parteileitung nicht willens und in der Lage sei, die Bewegung der Arbeiter länger als bis Sonnabend vormittag 10 Uhr aufzuhalten.

In der Tat legten denn auch am Sonnabend früh in einer ganzen Reihe von Berliner Betrieben die Arbeiter nach und nach die Arbeit nieder. In der AEG., bei Borsig, bei Schwartzkopff, bei Goertz und in einer Anzahl Elektrizitätswerken wurde der Streik bald allgemein. Die Parteileitung hatte den dringenden Wunsch, in dieser kritischen Stunde mit den Unabhängigen zusammenzuarbeiten. Dies gelang auch insofern, als die Unabhängigen Parteiführer, die zu erreichen waren, ihre volle Zustimmung zu den geplanten Schritten gaben, wenn sie auch kein formelles Mandat für ein festes Zusammenwirken hatten.

Die Parteileitung beschloß nunmehr einmütig, daß alle sozialdemokratischen Mitglieder sofort aus der Regierung austreten sollen. Ein größerer Ausschuß sollte sich zur Regierung begeben und ihr klarmachen, daß sie kapitulieren und uns die Macht übergeben muß. So wurde einmütig beschlossen. Unmittelbar danach trat zur Unterstützung der Aktion der Partei der große Ausschuß der Fabrik-Vertrauensleute zusammen und beschloß den Generalstreik. Um 1 Uhr mittags erschien eine Extrausgabe des „Vorwärts“, die folgendermaßen lautete:

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrechterhalten. Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Körpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Arbeiter und Soldaten! Sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung! Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Inzwischen war eine wachsende Anzahl von Truppenkörpern bei der Parteileitung erschienen, um ihre Ergebenheit für die Sache des Volkes auszudrücken, zuerst das 4. Jägerbataillon aus Naumburg. Dieses bezog später die Ehrenwache im Hause des Parteivorstandes, Lindenstr. 3. Von den Leutnants Göhre, Südeküm, Collin-Roß und Tiburtius erging ein Aufruf an die Offiziere, Blutvergießen zu vermeiden und ihre Kraft in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen. Unmittelbar danach gab die Regierung jeden weiteren Widerstand auf und kapitulierte. Sie teilte mit, daß der Kaiser und Kronprinz abgedankt hätten und daß Prinz Max dem Genossen Ebert die Kanzlerschaft angeboten habe. Gleichzeitig kündigte sie die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung an. Noch am Freitag hatte der Oberkommandierende in den Marken, Generaloberst von Linsingen, verordnet, daß am Sonnabend sämtliche Offiziere mit der Pistole umgeschnallt gehen müßten. Schaden hat dieser militärische Aberwitz nicht mehr anrichten können. Der freie Volksstaat war da! Die soziale Republik trat die Herrschaft an!

Die Begeisterung, mit welcher die Bevölkerung die Soldaten der Volksregierung mit der roten Kokarde begrüßte, ließ keinen Zweifel daran, daß niemand mehr die Macht des Volksregiments erschüttern könnte. Wo die Vertrauensleute der Arbeiter in den Kasernen erschienen, wurden sie mit Jubel aufgenommen und sofort zur Bildung von Soldatenräten geschritten.

Am nachmittag wurde der vollzogene Umschwung der Bevölkerung durch folgendes Flugblatt mitgeteilt:

Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!

Der freie Volksstaat ist da!

Kaiser und Kronprinz haben abgedankt!

Fritz Ebert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger! Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrechterhalten bleiben, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt in engstem Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die deutsche Volksrepublik.

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

•

In einer neuen Fraktionssitzung um 2 Uhr mittags berichtete Scheidemann, daß der Kanzler bereit sei, die ganze öffentliche Gewalt in unsere Hände zu übergeben. Unter stürmischem Beifall erbat und erhielt er die Zustimmung der Gesamtpartei zur Uebernahme der Kanzlerschaft durch Ebert. Dem Kriegsminister Scheuch ist der Leutnant Göhre beigegeben worden; erst seine Unterschrift als Vertrauensmann der Arbeiter und Soldaten gibt den Erlassen Gültigkeit. Dittmann, Vogtherr und Cohn haben für ihre Person die Bereitwilligkeit der Unabhängigen erklärt, gemeinsam die Regierung zu bilden. Auch bürgerliche Vertreter, welche das Programm der Regierung anerkennen, sollen aufgenommen werden. Dieses Programm umfaßt Demokratie in Reich, Staat und Gemeinde, Aufrechterhaltung unserer Ernährung, Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft und Lösung der großen sozialen Aufgaben, die uns bevorstehen in sozialistischem Geiste.

Die Bildung der neuen Regierung drängt. Sie soll unter allen Umständen bis heute abend verhandlungsfähig sein. Die Unabhängigen wurden gebeten, bis 3 Uhr nachmittags ihre Entscheidung mitzuteilen. Einstweilen wurden dem Parteivorstand zwei Arbeiter und zwei Soldaten beigegeben.

Inzwischen hatte sich eine große Volksmenge vor dem Reichstage angesammelt, an die Ebert und Scheidemann Ansprachen richteten. Scheidemann sagte von einem Balkon des Hauses aus:

Arbeiter und Soldaten! Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt (Hochrufe) das Alte, Morsche ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist zusammengebrochen. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die deutsche Republik! (Hochrufe). Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen. Genosse Ebert ist damit beauftragt, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialdemokratischen Richtungen angehören. (Jubelnder Beifall.) Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen. Deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintritt. Wir müssen stolz sein können für alle Zukunft auf diesen Tag. Nichts darf geschehen, was man uns später würde vorwerfen können. Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen. Der Oberbefehlshaber in den Marken und der Kriegsminister Scheuch werden je einen Beigeordneten bekommen. Der Abgeordnete Göhre wird neben Scheuch alle Kundmachungen des Kriegsministers zeichnen. Es gilt also, von jetzt an die Bekanntmachungen zu respektieren, die unterzeichnet sind von Ebert, Scheuch und Göhre. Sorgen Sie dafür, daß die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, durch nichts zerstört werden kann. Es lebe die deutsche Republik! (Stürmischer Beifall und Hochrufe.)

Es war den Unabhängigen nicht möglich, bis drei Uhr ihre Vertreter in der Regierung zu nennen. Die sozialdemokratische Partei wird in ihr durch Ebert als Kanzler, Scheidemann und Landsberg als Staatssekretäre ohne Portefeuille vertreten sein. Bis heute abend ist die erste Regierung der deutschen Volksrepublik konstituiert!

Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen.

Zwischen unserer Parteileitung und der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokraten haben Verhandlungen stattgefunden, die erfreulicherweise zu einer Einigung führten. In dieser ernsten Zeit müssen die Zwistigkeiten innerhalb der Arbeiterschaft verschwinden, wenn nicht die gemeinsame große Sache leiden soll.

Die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei über eine aus beiden Richtungen zu bildende gemeinsame Regierung bauen sich auf sechs von der Unabhängigen Sozialdemokratie gestellten Bedingungen auf. Auf diese hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei mit folgendem Schreiben geantwortet:

Berlin, 9. November, abends 8 Uhr.

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.

Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik. Indessen hat darüber das Volk und die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und die jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern und der gesamten werktätigen Bevölkerung und Soldaten sein.

Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderungen ablehnen, weil sie unsern demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.

Antwort: Diese Forderungen müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.

Antwort: Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung für erforderlich.

5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.

Antwort: Dieser Forderung stimmen wir zu.

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Antwort: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder. Indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Es ist von der Einsicht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu erhoffen, daß sie mit der Sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, das die Bedingungen für den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das neue Kabinett enthält. Dieses Schreiben lautet:

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionär-sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter den folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Fachminister gilt diese Einschränkung nicht. Sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts.

Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei eins.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die Vollzugsgewalt liegt in den Händen der A.- u. S.-Räte, die zu einer Vollversammlung aus dem Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der Konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb weiteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei hat die in diesem Schreiben vorgeschlagenen Bedingungen angenommen, worauf die unabhängige sozialistische Partei ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett erklärte. Die Sozialdemokratische Partei hat die Abg. Ebert, Landsberg und Scheide-

kann als Minister in Aussicht genommen. Das Kabinett wird also aus Barth, Dittmann, Ebert, Haase, Landsberg und Scheidemann bestehen.

Zum Ersten Kommandanten von Berlin wird der Abg. Reis ernannt. Oberst Schwerck bleibt Zweiter Kommandant. Das Mitglied des Soldatenrates, Dr. Bresin, wird der Kommandantur und der Abg. Schöpflin dem Oberkommando in den Marken zugeteilt, dem Kriegsminister Scheüch Unterstaatssekretär Göhre.

Harte Waffenstillstandsbedingungen.

Nach den Meldungen der feindlichen Presse mußte man erwarten, daß die Bedingungen für den Waffenstillstand sehr hart sein würden. Nachdem sie jetzt bekannt gegeben worden sind, muß gesagt werden, daß sie die schlimmsten Befürchtungen übertreffen. Sie sollen dartun, daß die Armeen von Australien, Asien, Amerika, Afrika und vier europäischen Großmächten nach vier Jahren schließlich doch absolute Sieger über Deutschland geworden sind. Man setzt dem Gegner, der sich heldenhaft geschlagen hat, den Stiefel auf den Nacken und rührt ihm am Lebensnerv. Aber wenn man das mit tiefer Erbitterung empfindet, so muß doch ausgesprochen werden, daß es Wahnsinn wäre, die Waffenstillstandsbedingungen abzulehnen und erneut den Kampf aufzunehmen, in dem Deutschland dann völlig verwüstet und vernichtet würde. Daß es soweit kommen konnte, ist die Schuld unserer eroberungslüsternen politischen und militärischen Vabanque-Spieler, der unbeschränkten U-Boot-Schreier und Gegner des Verständigungsfriedens. Für ihre Handlungen muß das deutsche Volk schwer büßen.

Die ganzen Waffenstillstandsbedingungen liegen uns noch nicht vor. Der Presse wird vorläufig folgender amtlicher Auszug übermittelt:

WTB. Berlin, 10. November. (Amtlich.)

1. Inkrafttreten sechs Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben: 5000 Kanonen, zunächst schwere. 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers. Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer, 30 bis 40 Kilometer Tiefe, neutrale Zone, Räumung in 11 Tagen.
6. Aus linkem Rheinufer-Gebiet nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt lassen.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. 8. 1914 zurücknehmen. Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Geldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnaughts, die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherheit der freien Durchfahrt durch Kattegatt, Wegräumung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt behindert werden könnte.
16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängte Beschränkungen der Schiffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Die Räumung des ganzen linken Rheinufers, die breite neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer, die Aufrechterhaltung der Hungerblockade, die Auslieferung des gewaltigen Eisenbahnparkes, dessen wir für unsere Lebensmittelversorgung und unser Wirtschaftsleben so dringend bedürfen, sind besonders drückend. Forderungen, die schier unerträglich erscheinen. Aber es hilft nicht, wir müssen sie über uns ergehen lassen. Ein Versuch, die deutsche Volksregierung dafür verantwortlich zu machen, wenn es zum Abschluß dieses Waffenstillstandsvertrages kommt, oder — was sicher ist — beim Erscheinen dieser Zeilen schon gekommen ist, ginge an seiner Lächerlichkeit zugrunde.

Aufgabe der Volksregierung wird es sein, dafür nach Kräften zu sorgen, den Frieden, der in ganz kurzer Zeit abgeschlossen werden muß, da der Waffenstillstand nur dreißig Tage dauern soll, zu einem Frieden des Rechts zu machen, der keinen Revanchegedanken hinterläßt und den Weg bahnt für eine Gemeinschaft freier, lebensfähiger Völker.

Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland.

WTB. Berlin, 11. November. (Amtlich.) Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden diese Bedingungen angenommen.

Eine neue Note an den Präsidenten Wilson.

WTB. Berlin, 11. November. (Amtlich.) Heute nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing abgegangen:

Herr Staatssekretär! Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wiederherzustellen. Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen sich der Präsident Wilson stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung der strittigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Ziele haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führe und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern werde.

Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen, bei gleichzeitiger Fortführung der Blockade, die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod für Millionen Männer, Frauen und Kinder bedeuten.

Wir mußten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der schweren Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den neuen Ausbau der Völkergemeinschaft bilden und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgen.

Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten einzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen.
Solf.

Die revolutionäre Bewegung

hat in den letzten Tagen in Deutschland ungeheure Fortschritte gemacht. In fast sämtlichen größeren deutschen Städten haben die Arbeiter- und Soldatenräte gegenwärtig die Macht in Händen. Wir können wegen Raummangels nur über den Verlauf der Dinge in einigen größeren Städten berichten:

Am Nachmittag des 8. November begann die revolutionäre Bewegung in Leipzig. Nach kurzer Zeit, ohne daß es zum Blutvergießen kam, sah sich das Generalkommando in Leipzig zur Kapitulation genötigt. Während auf den Straßen die Offiziere von militärischen Patrouillen entwaffnet wurden, wurde in den Kasernen ein Soldatenrat gewählt. Der Soldatenrat trat im Generalkommando zusammen. Man berief Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Information nach dem Generalkommando. Inzwischen hatte sich ein provisorischer Arbeiterrat aus der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokraten gebildet. In seinem Auftrage traten die Herren Lipinski und Reichstagsabgeordneter Geyer in Verbindung mit dem Soldatenrat und verhandelten gemeinsam mit Soldatenrat und den Offizieren des Generalkommandos. Sie stellten folgende Bedingungen: 1. Völlige Uebergabe der Kommandantur und der militärischen Gewalt an den Arbeiter- und Soldatenrat; 2. völlige Uebergabe sämtlicher militärischer Depots, enthaltend Lebensmittel, Munition und militärisches Material; 3. Unterwerfung der Offiziere unter die Befehlsgewalt des Soldatenrats. Die Offiziere der Kommandantur, die Generale von Schmettau und v. Kaufmann gestanden die beiden ersten Punkte zu, den letzten Punkt wollten sie nicht bewilligen. Der Soldatenrat und die Vertreter des Arbeiterrats bestanden auf ihren Forderungen. Nach Uebergabe der militärischen Gewalt durch das Generalkommando wurde die Verpflegungsfrage der Truppen und der Urlauber so geregelt, daß die Garnisonverwaltung sich verpflichtet, für deren Verpflegung und Unterkunft Sorge zu tragen. Aus dem Soldatenrat und dem Arbeiterrat wird je ein engerer Ausschuß gewählt, die zusammen die eigentliche Macht in Händen haben werden. Ihre Beschlüsse sind dem erweiterten Soldatenrat und dem erweiterten Arbeiterrat, die morgen, Sonnabend, gewählt werden, zur Genehmigung vorzulegen. Die Wahl des Arbeiterrats erfolgt nach Betrieben. Auf je 500 Arbeiter entfällt ein Delegierter. Die Post ist besetzt. Die Abrüstung der Polizei ist vollzogen. Arbeiter- und Soldatenrat verfügen über die tatsächliche Macht. Sie verfügen über sämtliche Verbindungsmittel. Sonnabend treten sämtliche Betriebe, außer den Betrieben der Lebensmittelversorgung und des Verkehrs in den Generalstreik.

Sonntag vormittag 11 Uhr 25 Minuten wurde in Dresden die sächsische Monarchie für aufgehoben erklärt, desgleichen die erste Kammer. Die zweite Kammer soll aufgelöst werden. Eine neue konstituierende Nationalversammlung soll gewählt werden durch alle Männer und Frauen. Um 12 Uhr 47 Minuten wurde auf dem Schloß die rote Fahne gehißt.

In Breslau erschien am Sonnabend die Deputation des Volksausschusses und die Arbeiter- und Soldatenräte nach 11 Uhr abends auf der Kommandantur und gaben die Erklärung ab, daß die Räte und der Volksausschuß für Ruhe und Ordnung in der Stadt Sorge tragen werden. Graf Pfeil erklärte sich damit einverstanden, daß an der Führung der Kommandanturgeschäfte Vertreter der Soldatenräte teilnehmen. Der Chef des Stabes beim Generalkommando teilte den Vertretern der Arbeiter mit, daß das Generalkommando der Umwälzung der Verhältnisse keine Schwierigkeiten machen will.

In Frankfurt a. M. ist seit dem frühen Morgen am Sonnabend die vollziehende Gewalt vollständig in den Händen des Soldatenrats, an dessen Spitze Vizewachtmeister Moser und Vizefeldwebel Reinhardt stehen. Der Soldatenrat, der in ständiger Fühlung mit der organisierten Arbeiterschaft vorgeht, ernannte den sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Sinzheimer zum provisorischen Polizeipräsidenten und zum Lebensmitteldiktator. Die Lebensmittelversorgung ist gesichert, die Stadt ruhig. Die Geschäfte gehen ihren regelmäßigen Gang. Außer unbedeutenden Vorkommnissen ereigneten sich keine Ausschreitungen. Der stellvertretende Generalkommando, das Polizeipräsidium, der Magistrat sowie alle anderen städtischen und staatlichen Behörden erkennen die Autorität des Soldatenrates an. Die Verhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien führten zu einer Einigung auf der Grundlage eines entschiedenen Aktionsprogramms.

Im ganzen Industrie-Gebiet von Dortmund bis Duisburg sind die Bahnhöfe von Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte besetzt, die die Militärpersonen entwaffnen. Die Ruhe ist nirgends gestört.

Nürnberg befindet sich seit Freitag abend 12 Uhr vollständig in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Die öffentlichen Verkehrsanstalten sowie das Generalkommando sind militärisch besetzt. Die politischen Strafgefangenen wurden freigelassen. Ebenso diejenigen Personen, welche sich wegen leichter militärischer Vergehen in Haft befinden. Auch einige Frauen, welche wegen geringer Vergehen im Zellengefängnis untergebracht waren, wurden der Freiheit wiedergeschenkt. Den sämtlichen Gastwirtschaften ist für den ganzen Sonntag und Montag der Ausschank von Wein und Branntwein verboten. Alle Zeitungen erscheinen, und zwar unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.

Sonntag teilte das Große Hauptquartier dem Soldatenrat folgendes mit: An der Front ist ebenfalls ein Soldatenrat gebildet worden. Die Bildung ist ruhig verlaufen. Der Soldatenrat wird morgen mit Hindenburg in Verbindung treten und wird ihm seine Forderungen vorlegen.

In Hamburg haben Einigungsbestrebungen zwischen den Unabhängigen und den Sozialdemokraten stattgefunden. Die Mehrheitssozialisten sind zu einer solchen Einigung bereit, wie Genosse Hense in einer Versammlung der Vertrauensmänner zur Konstituierung und Erweiterung des Arbeiterrates betonte. Hense wünscht eine Reformierung des Senats, fünf Mitglieder der Sozialdemokratie müßten unverzüglich in den Senat eintreten (Rufe: Zu wenig!) und alle Verwaltungsbehörden müßten von ihr mitbesetzt werden, damit sie den jetzt fehlenden Einfluß gewinne. Die Einigung zwischen den beiden Parteirichtungen sei auch hierin leichter herzustellen, wenn damit in Berlin der Anfang gemacht werde, und hierfür möchten die Führer der Unabhängigen Sorge tragen. In der Aussprache wurde u. a. angeregt, die großen leerstehenden Wohnungen in Kleinwohnungen einzuteilen; ein Lebensmittelmangel sei nicht zu befürchten, denn durch die Mitwirkung des Arbeiterrats werde die Erfassung der vielen aufgespeicherten Lebensmittel, die teilweise für das Militär bestimmt waren, leicht zu ermöglichen sein und der Bevölkerung dann zugute kommen. Es gelangte dann eine Entschließung zur Annahme, worin die Versammelten sich für die Einigung der beiden Parteirichtungen in der Sozialdemokratie erklären; die Vertrauensleute erklären sich weiter damit einverstanden, daß der erweiterte Arbeiterrat resp. die Exekutive aus 18 Mitgliedern des bisherigen Arbeiterrats bestehe, ferner aus je drei Mehrheitssozialisten, Unabhängigen, Mitgliedern des Gewerkschaftskartells und Linksradikalen.

Das „Hamburger Echo" erscheint wieder unter altem Namen, in alter Form und unter der alten Redaktion und zwar wie bisher als Morgenblatt, während „Die Rote Fahne" fortan als selbständiges Organ unter eigener Redaktion werktäglich in den Nachmittagsstunden erscheint.

Folgender Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates tritt am 10. November 1918 bis auf Widerruf in Kraft: Es ist allen Militärpersonen und Zivilpersonen, sowohl Männern als auch Frauen, der Genuß von Spirituosen (Branntweine und Liköre, nicht Weine) verboten.

Gastwirtschaften und Hotels, die diesem Verbote zuwiderhandeln, werden geschlossen und die Vorräte enteignet. Außerdem treten harte Strafen, sowohl für Käufer als auch für Verkäufer ein.

Die Hamburgischen Elektrizitäts-Werke teilen mit: Bei den zwischen den Arbeiterausschüssen und der Direktion der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke, im Beisein eines Vertreters der Organisation der Maschinisten und Heizer geführten Verhandlungen wurde den Arbeitern der Werke u. a. die Einführung des 8stündigen Arbeitstages von dem Zeitpunkt ab, an dem wieder genügende, z. Zt. militärisch eingezogene Arbeitskräfte — Facharbeiter — die Arbeit aufgenommen haben werden, zugesagt.

Uebernahme des Oberpräsidiums in Schleswig-Holstein.

Eine vom Arbeiterrat eingesetzte Kommission erschien heute vormittag 11½ beim Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein und teilte ihm mit, daß der Arbeiterrat als provisorische Regierung den Parteisekretär Kürbis als Beigeordneten zum Oberpräsidenten delegiert habe. Der Oberpräsident v. Moltke erklärte, daß er der Macht nachgeben müsse, aber bereit sei, soweit es seine Pflicht und sein Gewissen erlauben, auf dem Boden der bestehenden Staats- und Rechtsgesetze unter Mitwirkung des Beigeordneten zu arbeiten.

Eutin in der Gewalt des Soldatenrates!

Im Anschluß an das Vorgehen des in Kiel und Lübeck gebildeten Soldatenrates, kam am Mittwoch mittag auch eine Abteilung von etwa 200 Marinesoldaten und Infanteristen von Lübeck mit einem Extrazuge, da der gewöhnliche Bahnverkehr vom Morgen ab eingestellt war, nach Eutin. Nachdem man den Eisenbahnzug in der Nähe der Kaserne verlassen hatte, wurde letztere sofort besetzt und deren bisherige Wache, die keinen Widerstand leistete, im Laufe des Nachmittags noch verstärkt, um etwaigen Freiheitsbewegungen der dort gefangen gehaltenen französischen und englischen Offiziere vorzubeugen. Nach dem Einmarsch in die Stadt waren bald die Mannschaften des hier zur Zeit liegenden Rekrutendepots des Inf.-Regt. 84 auf dem Marktplatze versammelt, um hier zunächst entwaffnet, dann aber dem Soldatenrat unterstellt zu werden. Hierauf wurden die Offiziere, ferner Regierungspräsident Dr. Meyer und Bürgermeister Mahlstedt festgenommen, letzterer jedoch bald wieder völlig freigelassen. Als

An die Bevölkerung Lübecks!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, hat zu einer elementaren Bewegung der Soldaten und Arbeiter geführt, die sich über das ganze Reich und auch über die Front erstreckt hat.

Deutschland ist zu einer Volksrepublik erklärt worden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit hebt an!

Die demokratische und soziale deutsche Volksrepublik hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt, denn die Bewegung hat sicherem Vernehmen nach die Grenzen überflutet und wird die drückenden Waffenstillstandsbedingungen der Kriegsgegner illusorisch machen.

Der Soldaten- und Arbeiterrat verbürgt nochmals strengste Ordnung.

Die Soldaten in den Kasernen werden durch den Soldatenrat regiert. Offiziere, die den Forderungen der veränderten Zeit entsprechen und sich uns anschließen wollen, können weiter im Dienst bleiben. Alle anderen werden entlassen.

Soldaten, Arbeiter und Bürger Lübecks! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das sich in diesen schicksalsschweren Tagen vollzieht.

Bewahrt die Ruhe und Besonnenheit und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt.

Um dem Umschwung freudigen Ausdruck zu geben, ordnet hiermit der Soldatenrat für Dienstag, den 12. November, mittags 1 Uhr

eine Flaggenparade auf dem Marktplatz

unter Beteiligung der Garnison und der Fliegerschule an.

Ab Dienstag, dem 12. November, mittags 1 Uhr, haben sämtliche öffentliche Gebäude die rote Flagge zu zeigen.

Es lebe die deutsche Volksrepublik!

Es lebe der Frieden!

Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

Lübeck, 11. November 1918.

Der Soldaten- und Arbeiterrat.
J. A.: Hans Zeitz.
J. A.: Bromme. Haut.

öffentlichen Gebäuden wurden das Regierungsgebäude, das Rathaus, die Post und der Bahnhof besetzt; als Beratungs- und Versammlungslokal wählte sich der Ausschuß das Viktoria-Hotel. Im Laufe des Nachmittags erfolgten dann mehrere Durchsuchungen von Häusern und im Regierungsgebäude, überall wo man Aufspeicherung von Lebensmitteln vermutete; gefundene Sachen wurden mitgenommen, ferner wurden gegen bare Bezahlung dem Landesverband gehörige Schweine und Schinken requiriert. Da dem ganzen Vorgehen des Soldatenrates weder von militärischer Seite noch von der Zivilbevölkerung Widerstand entgegengesetzt wurde, so verlief der Tag ohne jeden besonderen schweren Auftritt.

Trotz des regnerischen Wetters zeigten die Straßen und besonders der Marktplatz und die Lübecker Straße ein recht bewegtes lebhaftes Treiben. Gegen 6 Uhr abends setzten sich die Matrosen und die sich ihnen angeschlossenen Infanteristen zum Bahnhofe in Marsch. Der größte Teil der 84er und ein Teil der Matrosen-Abteilung trat die Rückkehr nach Lübeck an und zwar unter Mitführung der inzwischen wieder vorübergehend frei gewesenen Offiziere; von einer Ueberführung des Regierungspräsidenten Dr. Meyer nach Lübeck hatte man im letzten Augenblicke wieder Abstand genommen und ihn vom Bahnhofe aus wieder entlassen. Am Abend durchzogen Marine-Patrouillen unsere seit Jahren wieder hell erleuchteten Straßen. Auch der Donnerstag verlief ruhig. Im Laufe des Vormittags wurde auf dem Regierungsgebäude und auf dem Rathaus die rote Fahne gehißt, wie auch die Matrosen und Soldaten an den Mützen und im Knopfloch rote Bänder trugen. Am Vormittag traf auch wieder von Lübeck kommend ein Eisenbahnzug ein, den auch Zivilbevölkerung benutzen durfte und mit dem auch wieder mehrere von den gestern nach Lübeck mitgeführten Offiziere zurückkehrten.

Die Verteilung der Lebensmittel ist vom Soldatenrat dem Bürgermeister Mahlstedt übertragen worden und wird in bisheriger Weise fortgeführt werden.

Rollende Kronen.

Absetzung des Großherzogs von Hessen.

Aus Darmstadt wird gemeldet: In einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde gestern nachmittag Hessen zur Republik ausgerufen und der Großherzog für abgesetzt erklärt.

Thronverzicht in Weimar.

Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar verzichtete für sich und seine Nachkommen auf den Thron.

Württemberg Republik.

Sonnabend abend hat sich im Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie erläßt einen Aufruf an das württembergische Volk, in dem es heißt, daß die Republik erklärt ist. Die Regierung betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung vorzubereiten. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz: Blos, Auswärtiges: Blos, Inneres: Crispien, Arbeitsministerium: Lindemann, Finanzen: Talheimer, Kult: Heyman, Justiz: Mattutat, Krieg: Schreiner. General von Ebbinghaus erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelfen, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrechterhalten bleibt.

Thronverzicht in Reuß j. L.

Fürst Heinrich XXVII. von Reuß j. L. hat für sich und sein Haus den Verzicht auf den Thron ausgesprochen.

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht,
In des Kampfes Wettern und Flammen,
Wenn das Volk sein letztes „Schuldig!" spricht,
Dann stehn wir wieder zusammen!
Mit dem Wort, mit dem Schwert, an der Donau am Rhein —
Eine allzeit treue Gesellin
Wird dem Throne zerschmetterndem Volke sein
Die Geächtete, die Rebellin!

Freiligrath.

Kundgebung des Reichskanzlers Ebert.

WTB. Berlin, 9. November. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Kundgebung:

An die deutschen Bürger! Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten. Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke schnellstens den Frieden zu bringen, und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub mit Elend für alle. Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend, verlaßt die Straßen, sorgt für Ruhe und Ordnung.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler,
Ebert.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aufruf Eberts zur Mitarbeit.

WTB. Berlin, 9. Nov. Der Reichskanzler Ebert erläßt nachstehenden Aufruf:

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich apelliere an ihre Liebe zu unserm Volke. Ein Versagen der Organe in dieser schweren Stunde wird Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend überliefern.

Helfe also mit mir dem Vaterland durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit ein jeder an seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

An alle!

Berlin, 9. November. **Das WTB. veröffentlicht folgende Drahtung: An alle! Hier hat die Revolution einen glänzenden, fast ganz unblutigen Sieg errungen. Der am Morgen ausgebrochene Generalstreik führte zu einer völligen Stillegung sämtlicher Betriebe. Um die 10. Vormittagsstunde ging das Naumburger Jäger-Regiment zum Volke über und schickte eine Deputation an den Arbeiter- und Soldatenrat. Weitere Truppenteile schlossen sich in rascher Folge an. Das Alexander-Regiment ging nach einer Ansprache des Reichstagsabgeordneten Wels geschlossen zum Volke über. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Militärpatrouillen, die sich am Freitag zahlreich in den Straßen zeigten, wurden zurückgezogen. Vom Gebäude des „Vorwärts", das eine Wache vom Naumburger Jäger-Regiment erhielt, wehen rote Fahnen. Es herrscht ungeheurer Jubel und große Begeisterung. Die Aufsicht über das Wolffsche Telegraphen-Bureau ruht in den Händen des Genossen Wilhelm Carlé aus Frankfurt und Erich Roßmann aus Berlin.**

Ein Aufruf für die deutsche Nationalversammlung.

In der „Vossischen Zeitung" wird mit der Unterschrift des vor einer Reihe von Jahren vielgenannten sozialdemokratischen früheren Privatdozenten Dr. Leo Arons ein Aufruf zur Bildung einer deutschen Nationalversammlung veröffentlicht. Der Aufruf lautet in seinen wesentlichen Teilen wie folgt:

An unsere Mitbürger!

Wir halten für erforderlich: Sofortigen Zusammentritt einer National-Versammlung aus allen deutschen und deutsch-österreichischen Gauen, die sich dem neu zu begründenden Großdeutschland anschließen wollen.

Sobald der Zusammentritt der National-Versammlung erfolgt ist, übernimmt sie von Reichstag und Bundesrat die Leitung aller Geschäfte.

Hauptaufgaben der Deutschen National-Versammlung sind:

1. Friedensschluß.
2. Volksernährung und Uebergangswirtschaft.
3. Bestimmung der Verfassung von Groß-Deutschland nach Inhalt und Form.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung ist durch Aufstellung von Vertrauensmännern für die vorzunehmenden Wahlen vorzubereiten.

Zustimmungserklärungen sind zu richten an Dr. Arons, Berlin NW. 23, Brückenallee 3.

In dem letzten Erlaß des Reichskanzlers Max von Baden wird die Einberufung einer solchen Nationalversammlung bereits angekündigt.

Die Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes.

Der Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt empfing am 8. November die Vertreter der Gewerkschaften und anderer Interessenverbände. Auf deren Ersuchen sprach er sich über die Tätigkeit, die das Amt in nächster Zeit entfalten wird, aus. Die dringlichsten Fragen sind die, die mit dem Kriege und der Uebergangswirtschaft zusammenhängen. Hierfür ist in erster Linie das Reichswirtschaftsamt zuständig. Vor allem wird das Reichsarbeitsamt der Regelung des **Arbeitsnachweises** sein Interesse zuwenden. Die **Erwerbslosenfürsorge** während der Uebergangszeit soll durch eine bereits im Laufe der nächsten Woche zu erwartende Bundesratsverordnung geregelt werden, die die Gemeinden zu einer ausreichenden Fürsorge verpflichtet. Als Kriegsmaßnahme steht noch der Erlaß einer Bundesratsverordnung auf dem Gebiet der **Krankenversicherung** bevor, wobei es sich um eine schleunige Heraufsetzung der Verdiensthöchstgrenze handelt. Auch in der **Unfallversicherung** sind Zulagen und Erweiterungen in Aussicht genommen. Ein neuer Entwurf des **Arbeitskammergesetzes** wird schleunigst fertiggestellt werden. Der Arbeiterschutz soll durch Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914 gefördert werden. Besonderes Interesse wird der **Fürsorge für Heimarbeiter** zugewendet. In allernächster Zeit wird dem Bundesrat eine Vorlagezur Errichtung von Fachausschüssen zugehen. Ferner sind Vorarbeiten im Gange, welche den Fachausschüssen des Heimarbeitergesetzes bestimmenden Einfluß auf die **Lohnregelung** gewähren. Die berechtigten Interessen der **kaufmännischen, technischen, Bureau- und Bühnenangestellten** werden durch eine Neuregelung und einen Ausbau der einschlägigen Gesetzesvorschriften gewahrt.

Reichstagsersatzwahl in Neustettin.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Neustettin wurden abgegeben für Bonin-Bahrenbusch (Kons.) 3600, für Riedel (Soz.) 1200 Stimmen. Von fünf kleinen Ortschaften fehlt das Ergebnis noch. Die Wahl von Bonin ist gesichert.

Der Weltgetreidemarkt.

Im Gegensatze zu vielfachen Befürchtungen kann gesagt werden, daß der Weltvorrat an Getreide sehr groß ist. Die Vereinigten Staaten und Kanada haben 1918 im Gegensatze zu 1917 sehr gute Ernten gehabt. Noch größer sind die Läger auf der südlichen Halbinsel. Der Schiffahrtsverkehr nach Australien, Kanada und Indien war durch den Ubootkrieg und durch den Tonnagebedarf der englischen und amerikanischen Herresverwaltung erheblich eingeschränkt, sodaß sich in diesen Ländern ganz gewaltige Getreidemengen aufgestapelt haben. Dazu kommt noch die diesjährige Ernte, die freilich erst auf der südlichen Halbkugel im Ende Dezemaer und im Januar eingebracht wird, in der Zeit, die für die Antipoden Sommer ist. Ein größeres Problem stellt aber die Verschiffung dar, da die Tonnage in hohem Maße durch die Demobilisierung in Anspruch genommen werden wird. Aber die Schiffsbauten haben in den Vereinigten Staaten und auch in England einen solchen Umfang angenommen, daß die Hoffnung besteht, es werden bald Frachtraten und Schiffspreise fallen.

Die Hurraschreier von gestern.

In einem der Kaiserfrage gewidmeten Artikel der „Kölnischen Zeitung", der anerkennt, daß die Haltung der Sozialdemokratie zu dem dynastischen Problem noch am verständlichsten sei, wird gesagt:

Ekel erfaßt einen, wenn man beobachtet, wie Leute, die, solange die Krone der jetzt erloschene mystische Glanz des Gottesgnadentums umgab, bei keiner Kaisergeburtstagsschleimerei fehlten, die nur mit einem nicht mißzudeutenden Blick auf das Knopfloch ihre Börse zu Zwecken des Gemeinwohls öffneten, wie diese einstigen Chorführer des Hurrapatriotismus jetzt im Unglück vom Kaiser abrücken, wie sie schmähen und splitterrichtern und das Schuldbuch aufschlagen. Vielfach sind das dieselben, die, nachdem sie sich am Kriege bereichert haben, heute, wo Gefahr sich regt, als die ersten ihren Wuchergewinn und ihr kostbares Leben in Sicherheit zu bringen suchen. Diese Burschen kann die öffentliche Verachtung nicht deutlich genug zeichnen, zumal da gerade sie es sind, die den schwersten Teil der Schuld daran tragen, daß uns die Schicksalsschläge so schwer getroffen haben.

Wir haben gegen das hier gezeichnete Bildchen nichts einzuwenden, fügen aber hinzu, daß die Sozialdemokratie — im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien — auch schon in Friedenszeiten jene Sorte Patrioten stets nach Gebühr eingeschätzt und behandelt hat.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 11. November.

Sitzung des erweiterten Soldaten- und Arbeiterrates heute abend 6½ Uhr im Offizierskasino.

Der Arbeiterrat.

Die im „Lübecker Volksboten" vom Sonnabend enthaltene Notiz über die Zusammensetzung des Lübecker Arbeiterrates enthält verschiedene Irrtümmer, weshalb wir hierdurch nochmals die Namen bekannt geben: Im engeren Ausschuß sitzen die Genossen: Wilhelm Beck, Bromme, Heinr. Ehlers, Haut, Holtei, Ketelhohn, Maaß, Mehrlein, Mißbach, Rocksien, Roß und Thieß. Ersatzmänner sind: W. Alwert, Denkewitz, Fischer, Henze, Knappe, Krekler, Lorenz, Steen, Stelling und Thomas.

Der Soldaten- und Arbeiterrat.

An Lübecks Bevölkerung.

In schneller Folge haben sich die Ereignisse der abgelaufenen Woche gedrängt. Sobald es sich erwies, daß die militärische Bewegung den festen Willen habe, in unserer Stadt die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und zu sichern, hat der Senat es für seine und der Behörden Pflicht erachtet, diesen Bestrebungen seine Mitwirkung zu leihen. Erfolg konnte den Bemühungen nur beschieden sein, wenn die Bevölkerung selbst Ruhe und Besonnenheit bewahrte. Daß dies geschehen ist, dafür spricht der Senat Dank und Anerkennung aus. An die Gesamtheit und an jeden einzelnen, an Männer und Frauen, an Alt und Jung, sei die Bitte gerichtet, diese würdige Ruhe, die zu nicht geringem Teile da sErgebnis staatsbürgerlicher Schulung ist, auch fernerhin zu bewahren.

In tiefernster Stunde ergeht diese Mahnung. Schicksalsschwer ist die Wandlung, der unser Vaterland entgegengeht. Jeder Lübecker wird der Mitverantwortlichkeit eingedenk sein und bleiben, die von heute an kein Deutscher ablehnen darf.

Beschlossen Lübeck, in der Versammlung des Senates, am 9. November 1918.

Dr. Geister.

Der gestrige Sonntag, der erste seit der Revolution, ist durchaus ruhig verlaufen. Die Straßen waren sehr belebt und an Gesprächsthemen fehlte es nicht. Die schweren Waffenstillstandsbedingungen standen im Mittelpunkt des Interesses. Daneben tauchten Gerüchte auf von dem demnächstigen Einlaufen der englischen Flotte in Kiel. Was daran Wahres ist, wird man ja bald ersehen. Nirgends wurde die Ordnung gestört.

Ein Rat der vereinigten Berufe hat sich in Lübeck am Sonnabend gebildet. Als seine Zwecke macht er bekannt: Es gilt, die bestehenden Staatseinrichtungen den Erfordernissen der Zeit anzupassen und dann zu stützen, es gilt, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben, daß die Betriebe nicht stille stehen, daß jeder Arbeit findet, daß keine Werte zerstört werden, und daß vor allem die Ernährung der Bevölkerung sicher gestellt wird.

Erhöhung der Mehlration.

Berlin, 8. November. In Verfolg der gestrigen Erklärung des Kriegsernährungsamtes gibt die Reichsgetreidestelle bekannt, daß vom 1. Dezember ab die tägliche Mehlration

allgemein um 40 Gramm erhöht

wird. Den Schwer- und Schwerstarbeitern wird diese Erhöhung auf ihre Zulagen angerechnet. Eine erhebliche Verbesserung auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Der teure Rauch.

Kein Kulturlaster hat der Krieg mehr gefördert als das Rauchen. Das hat verschiedene Gründe. Wer im Felde war, weiß, daß nichts beruhigender auf die Nerven wirkt als eine glimmende Zigarette. Außerdem hat das Rauchen die sehr dankenswerte Eigenschaft, daß es die Illusion des Sattseins hervorruft.

Kurz und gut: Es wird in dieser Kriegszeit weit mehr geraucht, als jemals vorher. Merkwürdig war nur, wie lange doch für Rauchwaren ganz erträgliche Preise gefordert wurden. Viele Dinge hatten schon eine schwindelnde Preishöhe erreicht, als man für Zigarren und Zigaretten immer noch erst das Doppelte des Friedenspreises anlegen mußte.

Das hat sich seit einem halben Jahre allerdings ganz gründlich gewandelt. Fast scheint es, daß die Zigarren-, Zigaretten- und Tabakfabriken und die von ihnen belieferten Händler noch kurz vor Torschluß ein Versäumnis nachholen möchten. Die Preise für Tabakerzeugnisse klettern mit affenartiger Geschwindigkeit in die Höhe und niemand weiß, wo eigentlich die Ursache dazu liegt.

Für halbwegs rauchbare Ware wird heute ein sündhaftes Geld verlangt. Zigaretten gibt es unter zehn Pfennig überhaupt nicht mehr, und wer noch eine Zigarre unter einer Mark ergattern will, muß viel Zeit und Glück haben. Vom Tabakwucher wollen wir ganz schweigen. Dieses leidige Kapitel ist oft besprochen worden.

Eine Reihe großer Zigarettenfabriken hat den zunächst bestechenden Einfall praktisch durchgeführt, den Kleinverkaufspreis den einzelnen Marken aufzudrucken, um zu verhindern, daß die Sorten vom Handel zu Ueberpreisen verkauft werden. Diese Methode erschwert den Händlern allerdings die Beutelschneiderei erheblich, aber wer gibt dem Raucher eine Gewähr dafür, daß er nicht schon durch den von den Fabriken festgesetzten und aufgedruckten Preis überfordert ist?

Wie überall gibt es auch für diese Frage radikale Lösungen. Die radikalste heißt: Gib das Rauchen auf! Das ist allerdings die sicherste Bürgschaft gegen jede Ausbeuterei; aber es ist für viele Menschen nicht ganz einfach, das Rauchen zu lassen. Wer es kann, soll es tun. Dann bleibt für die andern, die es nicht

können oder sich wenigstens einbilden, es nicht zu können, etwas mehr Gelegenheit, die Luft mit teurem Rauch zu aromatisieren oder, wie rauchfeindliche Gemüter auf deutsch meinen: zu verstänkern.

Ballin gestorben.

WTB. Hamburg, 9. November. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, ist Herr Albert Ballin heute mittag 1 Uhr plötzlich verschieden. — Ballin war ein Mann von großer Tatkraft und besaß hervorragendes Organisationstalent. Die Hapag wurde unter seiner Leitung die größte Reederei der Welt.

Wandsbek. Ein Opfer. Das „Hamburger Echo" berichtet: Am Freitag abend 9¼ Uhr wurde der 18jährige Sohn des Postbeamten Rak, als er hinter der Gardine auf die Straße blickte, von einer Matrosen-Patrouille erschossen. Der Matrose soll zur Verantwortung gezogen werden.

Bremen. Die Sozialdemokraten verzichten auf einen Sitz im Senat. Die bürgerlichen Gruppen der Bürgerschaft hatten beschlossen, wie das „Hamburger Fremdenblatt" meldet, den durch den Rücktritt des Herrn Senators Wessels frei gewordenen Sitz im Senat den Sozialdemokraten zur Verfügung zu stellen, womit auch der Senat sich einverstanden erklärt hatte. Die Sozialdemokraten haben nach anfänglich unentschlossener Haltung jetzt auf einen Sitz im Senat verzichtet. Die Wahl ist bereits nächsten Dienstag. — Wahrscheinlich werden unsere Genossen auf den angebotenen Sitz im Senat verzichtet haben, weil durch die veränderten Verhältnisse dieses Angebot natürlich lange nicht weit genug geht.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein Notschrei der arbeitenden Frauen.

Wann bekommen wir Carbid? Wann sollen wir unser Essen kochen, wenn wir um 6 Uhr von der Arbeit kommen? Das bißchen Carbid, 4 Pfund den Monat, ist nichts. Mögen sich die Herren doch in unsere Notlage versetzen und recht bald für das Gewünschte sorgen.

Mehrere Arbeiterfrauen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „**Lübecker Volksboten**" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **Lübecker Volksboten**

Bekanntmachung.

Die Geschäftszimmer des **Soldaten- und Arbeiterrates** befinden sich ab Dienstag, den 12. November 1918 in den Räumen des **Offizier-Kasinos** E.-Batl. 162, Hüxtertor-Allee. Die Geschäftsstunden sind von 9—2 und von 4—7 Uhr festgesetzt.

Die **Verkehrs-Abteilung** befindet sich nach wie vor Bahnhofsplatz L.-B.-Eisenbahn, Zimmer Nr. 6.

Der Soldaten- und Arbeiterrat.

(5567) Zeitz. Bromme.

Bekanntmachung des Soldaten- und Arbeiterrates.

An die Soldaten!

Sämtliche bisherige Abzeichen der Mitglieder des Soldatenrates werden hiermit, — um Mißbräuchen vorzubeugen, — für ungültig erklärt.

Die neuen Abzeichen für die Mitglieder des Soldaten- und Arbeiterrates sind am Dienstag, dem 12. ds., ab 9 Uhr vormittags im Dienstgebäude des Soldaten- und Arbeiterrates (bisher Offizierskasino) Hüxtertor Allee, in Empfang zu nehmen.

Der Soldaten- und Arbeiterrat.

J. A.: H. Zeitz. J. A.: W. Bromme.

Bekanntmachung des Soldaten- und Arbeiterrates.

Es wird hiermit zur Ablieferung der in dem Besitz der Bevölkerung (einschließlich Offiziere) befindlichen **Schußwaffen** noch eine Fristverlängerung bis Dienstag, den 12. November, mittags 12 Uhr, ausgesprochen. Am Dienstag sind die Waffen im Offizierkasino, Hüxtertor-Allee, gegen Empfangnahme einer Bescheinigung abzugeben.

Nach Ablauf der Frist wird eventuell eine Haussuchung vorgenommen. Wo dann noch Schußwaffen gefunden werden, kann strenge Bestrafung zu erwarten sein.

Der Soldaten- und Arbeiterrat.

J. A.: H. Zeitz. J. A.: W. Bromme.

Bekanntmachung des Soldaten- und Arbeiterrates.

Der Dienst beim Bezirkskommando

wird von den bisherigen Organen, ausschließlich Offiziere, [illegible] er alten Weise fortgeführt. Die Meldestunden sind auf die Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr beschränkt. Die bisher Zurückgestellten werden weiterhin zurückgestellt.

Neueinstellungen finden nicht statt.

Sämtliche Meldungen, die bisher beim Bezirkskommando anzubringen waren, sind weiterhin dort anzubringen.

Dieser Anordnung ist unbedingt Folge zu leisten.

Die Mannschaften des Bezirkskommandos handeln in ihren Dienstleistungen im Auftrage des Soldaten- und Arbeiterrates.

Der Soldaten- und Arbeiterrat Lübeck.

Zeitz. Bromme. (5568

Regelung des Gasverbrauchs.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat wird bekannt gegeben, daß wegen Stockung der Kohlenzufuhr die Gasentnahme bis auf weiteres in den Zeiten von

früh 7½ Uhr bis vormittags 10¼ Uhr
nachmittags 1½ „ „ nachmittags 4½ „
abends 10½ „ „ früh 4½ „

verboten ist. Zuwiderhandlungen ziehen Absperrung der Leitung oder Entfernung des Gasmessers nach sich.

In den vorgenannten Sperrzeiten wird der Druck im Leitungsnetz der Gaswerke auf ein Mindestmaß zurückgenommen. Die Sperrzeiten werden verlängert, falls obigem Verbot nicht in ausreichendem Maße Folge gegeben werden sollte.

Um Gasentweichungen, das Verlöschen von Zündflammen und die Ansammlung von Luft in den Gasleitungen zu verhindern, werden die Gasabnehmer dringend ersucht, die Absperrhähne zu Brennern, Kochern und sonstigen Verbrauchsapparaten während deren Nichtbenutzung sorgfältig geschlossen zu halten. Ständig brennende Zündflammen sind abzustellen.

Lübeck, den 11. November 1918. (5566

Die Betriebsbehörde.

Elektrizitätsverbrauch.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat wird die nachstehende Bekanntmachung mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Vorschriften unnachsichtlich nach Absatz 3 bestraft werden.

Lübeck, den 11. November 1918. (5565

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung

betreffend die Regelung des Elektrizitätsverbrauches.

Auf Anordnung der Kriegsamtstelle Altona und im Einvernehmen mit dem zuständigen Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, Abteilung Elektrizität, werden für elektrische Anlagen, welche an die Leitungsnetze der städtischen Elektrizitätswerke Lübeck, Travemünde und Schlutup angeschlossen sind, folgende Bestimmungen erlassen und sofort in Kraft gesetzt.

Der Betrieb von Elektromotoren ist in den Zeiten von 5—8 Uhr morgens und von 5—9 Uhr abends untersagt. Der Betrieb von elektrisch betriebenen Personenaufzügen wird verboten, desgleichen die Benutzung elektrischer Heiz- und Kochapparate. Bezüglich der elektrischen Beleuchtung in gewerblichen und industriellen Betrieben, in Läden, Kontoren, Bureaus und Wohnungen wird äußerste Einschränkung zur Pflicht gemacht. An Beleuchtungskörpern mit mehreren Lampen darf jeweils nur eine Lampe bezw. bei Gruppenschaltung nur eine Gruppe mit höchstens 3 Lampen benutzt werden.

Abnehmer, die Elektromotoren in den vorgenannten Sperrzeiten oder elektrisch betriebene Personenaufzüge benutzen, werden sofort vom Leitungsnetz abgetrennt. Ebenso haben Abnehmer, die den Anordnungen des Betriebsamtes oder seiner Angestellten hinsichtlich des Umfanges und der Benutzung ihrer Beleuchtungsanlagen nicht umgehend nachkommen, die Einstellung der Stromlieferung zu gewärtigen.

Lübeck, den 25. September 1918.

Die Betriebsbehörde.

Lienau, Dr.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kalzium-Karbid.

Von Dienstag, den 12. Novmber 1918 ab darf von den eingetragenen Kunden bei den betreffenden Händlern für jede Lampe vorläufig

2 kg Kalzium-Karbid

zum Preise von 1,60 Mk. für 1 kg entnommen werden.

Die Abgabe von Kalzium-Karbid an Personen, welche außerhalb des lübeckischen Staatsgebietes wohnen, ist verboten.

Lübeck, den 9. November 1918. (5546

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

An Personen im Alter von 65 Jahren und darüber werden vom Dienstag, dem 12. bis Sonnabend, dem 16. November 1918 einschließlich während der Zeit von 9—1 und 3—5 Uhr in der Börse, **Eingang vom Markt**,

Zwiebackkarten

ausgegeben.

Ausgabezeiten:

Bezirk 1—21	am	Dienstag,	dem 12. November	1918
„ 22—40	„	Mittwoch,	„ 13. „	1918
„ 41—55	„	Donnerstag,	„ 14. „	1918
„ 56—66	„	Freitag,	„ 15. „	1918
„ 67—87	„	Sonnabend,	„ 16. „	1918

Für **Travemünde** und **Schlutup** werden die Zwiebackkarten am Montag, dem 18. November 1918, durch die Behörde für Travemünde und die Kartenausgabestelle in Schlutup ausgegeben.

Für das übrige Staatsgebiet und Personen, welche den Ausgabetag versäumt haben, werden die Zwiebackkarten vom Donnerstag, dem 19. November ab in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle ausgegeben.

Geburtsausweis, sowie Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind mitzubringen.

Ueber die Ausgabe der Ware auf die einzelnen Abschnitte werden Bekanntmachungen erfolgen.

Lübeck, den 9. November 1918. (5550

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

An die Hausfrauen Lübecks!

Die reichlichen Zufuhren von Weißkohl sollten zur Herstellung von Sauerkraut und zum Dörren des Kohls benutzt werden, damit die Versorgung für die späteren Monate sichergestellt ist.

5562 **Städt. Obst- und Gemüsestelle.**

An die Bevölkerung Lübecks!

Die Not der Zeit erheischt den Zusammenschluß des Bürgertums Lübecks. Die Arbeiter haben bereits den Anfang gemacht und einen Arbeiterrat bestellt. Kaufleute, Industrielle, Gewerbetreibende, Landleute, Gelehrte, Staats- und Privatbeamte müssen ein Gleiches tun, damit sie einen mitbestimmenden Einfluß auf die Geschicke der Vaterstadt haben.

Es gilt, die bestehenden Staatseinrichtungen den Erfordernissen der Zeit anzupassen und dann zu stützen, es gilt, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben, daß die Betriebe nicht still stehen, daß jeder Arbeit findet, daß keine Werte zerstört werden und daß vor allem die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt wird.

Um diese Ziele im Zusammenwirken mit den gesetzgebenden Körperschaften unserer Stadt und **in steter Fühlung mit dem Arbeiterrat und dem Soldatenrat** zu erreichen, haben sich die vorstehenden Berufe zusammengetan und einen Ausschuß unter dem Namen

Rat der vereinigten Berufe

gebildet.

Die an den Staat herantretende Aufgabe verlangt ganze Kraft und ganze Hingabe. Sie muß und wird gelingen, wenn jeder einzelne, diesen Berufen Angehörige seine persönlichen Anschauungen und politischen Auffassungen zurückstellt und jeder nur darauf sieht, was in diesen schweren Tagen dem Wohle Lübecks frommt.

5554

Einigkeit macht stark!

H. Ambrosius. H. Eschenburg. Dr. H. Görtz. W. Köster. F. C. Lauenstein. Dr. M. Neumark. C. Pauels. W. Plankhafer. H. [illegible]. von Schack. M. Schiemann. G. Thode.

Wir üben unsere Praxis wieder **persönlich** aus.

Jacobsohn & Dr. Meyer

Rechtsanwälte und Notare.

Breite Straße 13. 5561

Jeden Montag

Lustige Blätter

Einzelnummer 50 Pf.
Vierteljährlich 6,– Mark
Probenummer 50 Pf.

Verlag der „Lustigen Blätter" in Berlin SW. 68.

Achtung Arbeiter aus Kiel!

Am Dienstag, dem 12. Novbr.,
abends 8 Uhr, findet eine

Besprechung

im Lübecker Gewerkschaftshaus statt.

5560) **Der Einberufer.**

Danksagung.

Allen die uns beim Ableben, sowie bei der Bestattung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Carl Meyncke**, in so reichem Maße ihre Teilnahme bekundeten, sagen wir unsern tiefgefühlten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pastor Kanitz für die tröstenden Worte, seinem Meister, den Angestellten und Mitarbeitern der Lüb. Maschinenbaugesellschaft. (5556

Cath. Meyncke geb. **Böcken**
und Familie.

Danksagung.

Allen denen, die unsern lieben Sohn und Bruder **Max** nach seiner letzten Ruhestätte geleiteten, seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten und sonst ihre Teilnahme bezeugten, besonders seinen Freunden und Freundinnen, sowie den Herren Lehrern und seinen Mitschülern der Klasse O. 2. an der Oberrealschule zum Dom danken herzlich

Max Mißbach und Frau
5557) **nebst Tochter.**

Arbeiter

werden eingestellt bei (5555

Karl Ruth,

Kohlenhandlg., Bad Schwartau.

Laufjunge

außer der Schulzeit.

Vollert's Reisebureau

5569 Untertrave 109.

Brautpaar sucht zum 15. ds. Mts. eine **Wohnung** von zwei Zimmern und Küche, am liebsten in der Nähe Lübecks. Ang. unt. **S 9** an die Exp. (5544

Zu verkaufen 2 Landschaften, 2 alte Polsterstühle, 2 Tischlampen. (5552

Hartengrube 52/9.

Ein guterhaltener Regulator

(Uhr) zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis u. **M S** an die Exp. (5553

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (5548
Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß, Uhrmacher,
Breite Straße 54 u. Hüxstraße 71.

Johs. Tollgreve, Goldschmied
Königstraße 92.
Moderne Schmucksachen
Trauringe
in verschiedenen Preislagen.
Gravierung gratis. (5549

Zu kaufen gesucht (5547

Hausstandslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.

Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.

Telephon 2430.

Eröffne

nach 4jährigem Frontdienst meine

Schlosserei u. Reparatur-Werkst.

wieder. Werte Aufträge, auch an Nähmaschinen u. Fahrrädern, führt sachgemäß aus (5543
Ferd. Langer, Krähenstr. 27.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

5545

Versammlung der Mitglieder und deren Damen

Montag, d. 11. November
abends 8 Uhr
im Saale d. Gesellschaft z. Beförder. gem. Tätigkeit.
Plattdeutsche Vorträge
des Herrn **Wilhelm Corßen**
aus Altona.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

5551

Dienstag, den 12. November

Das Extemporale.

Mittwoch, den 13. November

Carmen.

Anfang 6½ Uhr.

Nr. 265
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 11. November 1918

Der Sieg des freien Volkes.

Wilhelm II. hat abgedankt. Bis zur Regelung der Regentschaftsfrage führt Prinz Max die Reichsgeschäfte. Eine solche Regelung ist aber nicht mehr nötig. Die Dynastie der Hohenzollern hat aufgehört zu regieren, ebenso wie die der Wittelsbacher in Bayern und die der Welfen in Braunschweig. Die Wettiner und die anderen anderthalb Dutzend Monarchen und Monarchlein folgen ihnen ungesäumt. Die große deutsche Republik wird sich konstituieren. Das freie Volk regiert sich selbst. Die Throne sind zerschmettert, die Volksfreiheit wird rein und unverfälscht verwirklicht.

Es ist heute nicht Zeit, den erledigten Königen und sonstigen Herrschern in Deutschland den Nachruf zu schreiben. Manchem von ihnen werden wir ein menschliches Wort für ehrliches Bemühen und noch rechtzeitige Einsicht nicht versagen. Ueber die meisten von ihnen wird die Geschichte einst ein sehr hartes Urteil fällen. Aber das soll uns heute nicht kümmern. Mögen die Toten ihre Toten begraben.

Wir jubeln dem freien Volksstaat zu, der nun Wirklichkeit geworden ist. Die Stärke der Sozialdemokratie bürgt dafür, daß die Republik, wenn sie nicht sofort den vollen Sozialismus verwirklichen kann, doch im höchsten Sinne sozial gerichtet sein wird und mit aller Kraft für den sozialen Fortschritt arbeiten wird, dem sozialistischen Ideal als Endziel entgegen.

Wir würden uns selbst betrügen, wollten wir verschweigen, daß der Durchbruch des republikanischen Gedankens in Deutschland und die siegreiche revolutionäre Abschüttelung alter Herrschgewalten nicht möglich gewesen wäre ohne die deutsche Niederlage, ohne das deutliche Hervortreten der Ueberlegenheit der Feinde. Die große Mehrheit der Sozialdemokratie hat vom 4. August 1914 an ihre volle Kraft für die siegreiche Verteidigung Deutschlands eingesetzt. Ob das gut und richtig war oder ob es besser gewesen wäre, schon früher von der nationalen Verteidigungsfront abzuschwenken und die friedliche Revolution im Innern anzustreben, das ist heute eine überholte Streitfrage. Es genügt die Feststellung, daß es jedenfalls nicht die Schuld der Arbeiterklasse war, wenn Deutschland unterlag und sich schließlich gezwungen sah, um Frieden zu bitten, sachlich genommen zu kapitulieren. Nachdem aber die alte militaristische Heeresleitung, nachdem das oberste Haupt der Partei des Eroberungsfriedens selbst das Bekenntnis abgelegt hatte, daß der Krieg verloren sei und die einzige Rettung im schleunigsten Friedensschluß liege, war die Zeit reif. Monarchen sind heute etwas Ueberholtes, etwas, was nicht ins 20. Jahrhundert paßt. Monarchen, die nach so ungeheuerlichen Opfern des ganzen Volkes einen Weltkrieg verlieren, müssen fort, ihr Thron ist unrettbar. Der ungeheure Umschwung, der sich in den letzten Tagen vollzogen hat, diese gewaltige unwiderrufliche deutsche Revolution, hat sich fast ohne Blutvergießen, fast ohne Widerstand vollzogen. Alle Befürchtungen, daß die Mächtigen des Alten einen letzten gewaltsamen Widerstand versuchen würden, sind hinfällig geworden. Mit elementarer Gewalt haben sich die Soldaten und Arbeitermassen auf die Seite der Sozialdemokratie geschlagen. Die deutsche Republik ruht fest verankert im Willen des deutschen Volkes, kein Feind wird mehr ihren Bestand bedrohen.

Die neue deutsche Republik steht vor ungeheuren Aufgaben; sie muß den furchtbaren Weltkrieg liquidieren, sie muß dem alten Deutschland eine neue feste Ordnung geben, sie muß den Fortgang des sozialen Lebens ohne jede Unterbrechung oder Störung sichern, sie muß das soziale Leben in geordneten Bahnen erhalten. Die geeinigte Kraft der Sozialdemokratie wird im Stande sein, diese ungeheure Aufgabe zu bewältigen. Die geeinigte Kraft! Denn der alte Streit um die Kriegstaktik gehört von heute ab der Vergangenheit an, und nur engstirnige Rechthaberei und beschränktester Fanatismus könnte ihn noch länger fortsetzen. Die deutsche Arbeiterklasse muß und wird einig sein in dem Streben, den Bau des deutschen Volksstaates so rasch wie möglich in die Höhe zu bringen und für alle seine Bewohner sozial so günstig wie möglich auszugestalten. Alle Proletarier in der Arbeiterbluse und im Wassenrock, alle ehrlich vorwärtsstrebenden Volkskräfte müssen mit Hand anlegen an das große Werk.

Mit kühnem starken Ruck hat Deutschland sein Schicksal in neue Bahnen gerissen. Der ganze alte Plunder ist fortgeräumt, die Bahn ist frei zu kräftigem Vorwärtsschreiten. Ungeheures, noch vor wenigen Wochen Unvorstellbares ist geschehen. Größeres bleibt zu vollbringen. Aber die Schwere der Aufgabe drückt uns nicht nieder, wir fühlen in uns die Kraft, sie zu bewältigen. Darum erfüllt uns heute stolze Freude über den gewaltigen Volkssieg. Aus dem Trümmerfeld und Blutmeer des Weltkrieges erhebt sich der freie deutsche Volksstaat und streckt verlangend seine Hand dem großen Völkerbunde der freien Nationen entgegen. Aus tiefer Nacht und Kümmernis befreit rufen wir jubelnd: Es lebe die soziale Republik! Es lebe das freie deutsche Volk! Es lebe der Bruderbund der freien Völker!

Friedensstimmung der englischen Arbeiter.

Eine Generalversammlung der Gewerkschaften wurde am 3. November in der Royal Albert-Hall abgehalten. Bei Beginn der Veranstaltung wurden auf Veranlassung jüngerer Mitglieder revolutionäre Lieder gesungen, Hochrufe auf die Bolschewiki, die österreichische und die deutsche Revolution ausgebracht und rote Banner geschwungen. Der Präsident Cramp griff in seiner Begrüßungsrede Lloyd George, der von Northcliffe regiert werde, häufig an und verwahrte sich gegen das eigenmächtige Verfahren der Seeleute, durch die Henderson daran verhindert wurde, nach Paris zu gehen. Dann sprach als Hauptredner J. H. Thomas, Abgeordneter und Gewerkschaftsführer der Eisenbahner. Er knüpfte an den Protest des Vorsitzenden Cramp an und warnte die Regierung und alle anderen Freunde der Haltung der Seeleute vor einem derartigen Verfahren. Er habe viele Bitten von Eisenbahnern empfangen, in denen ersucht wurde, dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahner nicht mehr Beamte, Zeitungen usw. befördern, mit deren Politik sie nicht einverstanden sind. Wenn die Eisenbahner ebenfalls ein derartiges Verfahren annehmen würden, so würde das für Großbritannien Anarchie und Chaos bedeuten. Wenn jedoch die Arbeiterschaft als Ganzes für solche Maßnahmen wirken würde, so würde man nicht zögern, sie auszuführen. Thomas wandte sich dann der Friedensfrage zu. Vor einigen Wochen habe Lord Grey in einer in London gehaltenen Rede gesagt, er glaube, daß der Friede in Sicht, aber nicht in Reichweite sei. Er, Thomas, glaube, daß der Friede nicht allein in Sicht, sondern in Reichweite sei (Beifall), und eine sehr schwere Verantwortung würde auf diejenigen fallen, die diesen Krieg aus persönlichen, politischen oder rachsüchtigen Gründen fortsetzen würden. (Erneuter Beifall.) Thomas bezog sich dann auf Lord Milners kürzliche Erklärung. Obwohl bei der bloßen Nennung dieses Namens sich in der Versammlung ein großer Sturm der Entrüstung erhob, erklärte Thomas sich mit den Ansichten Milners einverstanden und bezeichnete es als einen Skandal, daß Milner sofort nach Aeußerung derartiger Gedanken allgemein angegriffen worden sei. Der Friede dürfe nicht in der Leidenschaft und in dem Geiste des Krieges geschlossen werden, sondern er müsse in der ruhigeren Atmosphäre der Vernunft und der Menschlichkeit entstehen. (Beifall.) „Ist ein derartiger Friede in Sicht?" fragte er. „Ich glaube ehrlich daran. (Beifall.) Ich glaube, daß ein solcher Friede in den Sätzen des Präsidenten Wilson umschrieben ist. Thomas erinnerte daran, daß sich der Premierminister Lloyd George in seiner Rede in Frankreich an die amerikanischen Truppen zu Wilsons Sätzen bekannt habe und warnte vor einer gleitenden Skala der Friedensbedingungen. Er sagte, daß er den Militarismus überall vernichtet zu sehen wünsche. Die erdrückende Mehrheit der Männer dieses Landes habe kein Interesse daran, der Nation neue Gebiete zu geben, sondern allein daran, die Ursachen des Krieges auszurotten. Thomas forderte einen Frieden, der in die Zukunft sieht. Im Jahre 1870 habe Deutschland mit Frankreich einen rachsüchtigen Frieden abgeschlossen, und deshalb sei jedem französischen Kind gelehrt worden, den Namen Deutschland zu hassen. Er pries die Art der Regelung des Burenkrieges und meinte, daß nur nach ähnlichen Grundsätzen die Opfer der vier Kriegsjahre in irgendwelcher Weise gutgemacht werden könnten. Thomas bekannte sich zu den Grundsätzen des Völkerbundes und bezeichnete die internationale Arbeiterschaft als geeignetste internationale Polizeimacht für den Völkerbund. — Nachdem noch andere Arbeiterführer gesprochen hatten, wurde mit lautem Beifall folgende Entschließung angenommen: Diese Massenversammlung von Arbeitern begrüßt die Tatsache, daß eine Gelegenheit, einen bleibenden und gerechten Frieden abzuschließen, jetzt vor uns liegt und fordert für die organisierte Arbeiterschaft eine wirksame Stimme bei den Friedensverhandlungen. Wir unterstützen die vom Präsidenten Wilson niedergelegten und von Lloyd George in seiner Rede an die amerikanischen Truppen am 5. Juli gebilligten 14 Punkte. Wir fordern ebenfalls, daß diejenigen, welche für die gegen die Menschheit und das Völkerrecht begangenen Verbrechen verantwortlich sind, vor das Gericht gebracht werden und daß volle Wiedergutmachung und Entschädigung für allen Schaden an Leben und Eigentum zur See und zu Lande geschaffen werden soll. Wir fordern ferner die Aufhebung der Dienstpflicht und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten.

Zur Kriegslage.

Clemenceau über den Waffenstillstand mit Deutschland.

Paris, 5. November. Kammersitzung. Präsident Deschanel begrüßte in ausführlicher Rede die siegreiche Entwicklung der Sache der Alliierten. Pichon schloß sich ihm an und erklärte, Italien sähe seinen Einheitstraum durch die Eroberung der Terra Irredenta verwirklicht. Frankreich werde seine nationale Integrität wieder sichern, ebenso wie die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten.

Clemenceau verlas die Waffenstillstandsbedingungen mit Oesterreich. (Andauernder Beifall.) Der Redner machte Mitteilungen von den Ergebnissen des interalliierten Rates von Versailles und sagte, daß dem Kaiser von Deutschland die unumgänglichen Stützen zur Fortsetzung des Krieges fehlten. Der oberste Rat von Versailles hat die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland festgestellt. Die Bedingungen dieses Waffenstillstandes sind Montag an Wilson abgegangen, der sie, falls er sie billigt, der kaiserlichen und demokratischen Regierung zur Kenntnis bringen wird. (Heiterkeit.) Es wird dann genügen, daß Deutschland sich an Marschall Foch wendet. (Beifall.) Der Geist, in welchem dieses letzte Dokument verfaßt ist, ist derselbe wie derjenige, dem die drei anderen entsprungen sind. (Anhaltender Beifall.) Die Bedingungen sind uns durch Wilson selbst empfohlen worden. Für den Fall, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden sollten, sei der Zweck der Entwaffnung des Feindes, soweit sie nötig sein würde, im Falle bösen Willens oder des Wortbruchs seitens des Feindes eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern. (Beifall.) Clemenceau fügte hinzu, daß es ihm unmöglich sei, ihm, der als letzter Unterzeichner des Protestes von Bordeaux gegen die Ablösung von Elsaß-Lothringen übrig geblieben sei (die ganze Kammer erhebt sich und bricht in Beifall aus), daß es ihm unmöglich sei, in der Stunde, wo der Frieden, der vielleicht nicht so nahe sei, wie manche unter ihnen glaubten, der aber von jetzt an sicher sei, nicht denjenigen zu huldigen, die ihn angeregt und die ungeheure nationale Aufgabe fortgeführt hätten, die sich in diesem Augenblick erfülle. Gambetta, der der Verteidiger des französischen Gebietes war, mit dem Clemenceau in Bordeaux für die Fortsetzung des Krieges stimmte, der 50 Jahre hindurch nicht aufhörte. Clemenceau lädt das Parlament ein, seine neuen Pflichten nach dem Kriege ins Auge zu fassen. Wir wollen den Krieg, sagte er, für einen Frieden der Gerechtigkeit und des Rechts mit den notwendigen Bürgschaften. Wenn man die Schrecknisse gesehen hat, die von den Deutschen in unseren von ihrem Einfall betroffenen Gebieten

---

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

48. Fortsetzung.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Schon an der Tür wandte sich Herr Friedrich Saalburg noch einmal um und zögerte.

Der gepflegte Backenbart, der soviel Würde ausstrahlte, als ein Bankdirektor nur eben haben konnte, täuschte nicht darüber hinweg, daß auch Menschen, die ihr Leben lang alle Gelegenheiten, die sich bieten, wahrgenommen hatten, eine Gelegenheit doch verpassen konnten: die des Mannes im besten Alter.

Sein Alter war kein bestes mehr, es war nur noch ein gutes. Diese Fiktion aufrechtzuerhalten, genügte noch der sorgfältig gepflegte Bart. Doch nicht lange mehr, denn auch er würde dünn werden, und sich nur noch mit Hilfe von Farbe behaupten können.

Alles dies erfaßte Herr Friedrich Saalburg in dem Bruchteil einer Minute. Und wie um ein Letztes zu tun, um dem Heiratsantrag, den er soeben gemacht hatte, einen Nachmen zu geben, der ihn schön einschloß und seine Wirkung kräftigte, ging er mit drei impulsiven Schritten noch einmal auf Frau von Marisch zu, nahm ihre Hand noch einmal, um sie ein letztesmal zu küssen. „Bitte, bitte", sagte er, und war so leidenschaftlich, „überlegen Sie sich meine Worte gut!"

Damit ging er. Und er gab dem Mädchen draußen ein bankdirektorliches Trinkgeld und stieg, jeder Zoll ein Mann von Maß und Kühle, in das Auto, das ihn erwartete und das in seiner wuchtigen Vornehmheit so ganz der Größe der Bank entsprach, der es gehörte.

Frau von Marisch war nachdenklich und trat vor den Spiegel, um sich zu betrachten.

Es war kein Zweifel darüber möglich, daß sie nach wie vor die schöne Frau war, die zu sein ihr Glück ausgemacht hatte. Nur ausgemacht hatte? Nein, es tat ihr noch immer wohl, zu sehen, daß man sie noch für dreißig halten konnte, wo sie doch in Wirklichkeit fast schon vierzig war. Nur die Falten an den Augenwinkeln mißfielen ihr ernstlich. Doch bereiteten auch sie ihr keinen Schmerz mehr. Ja, noch stand sie in ihrem besten Alter, wenn sie sich auch eingestehen mußte, tapfer in das gute hinüberzuschreiten. Sie war nicht mehr eitelsinnig genug, den Stürmen des Lebens zu trotzen, sie sehnte sich nach dem Sommer, um in dessen behaglicher Ruhe den Herbst zu erwarten.

Voll süßer Melancholie dachte sie an ihr Leben. Sie durfte zufrieden sein, denn es gab wenig, das ihr gefehlt hatte. Als junges Mädchen hatte sie zuweilen davon geträumt, über blaue Berge dahinzufliegen. Ein solcher Flug war ihr Leben gewesen. Ein sanftes Hingleiten über die Dinge, die sie mit Interesse betrachtete und von denen sie, was ihr gerade gefiel, kostete, sich an keinem übernehmend, sich an nichts bindend.

Sie hatte jederzeit heiter sein dürfen. Und sie hatte nie Feinde gehabt. Sie hatte es auch nie nötig gehabt, zu befehlen, ein Wunsch von ihr kaum empfunden, war ihr auch schon erfüllt worden, von Menschen, denen es ein Glück ausmachte, ihr zu dienen.

Ihre kurze Ehe war ein einziger solcher Frauendienst gewesen. Sie liebte ihren Mann zwar nicht, aber sie war ihm zugetan. Es freute sie, daß er um sie war, jederzeit, mit einer Zärtlichkeit, die sie ganz einhüllte, die nicht forderte, die nur gab. Sie nahm, nahm immerzu, und streute das Genommene aus, wie Blumen, die man vor sich auf den Weg warf, um ihre Schönheit, die einem diente, zu zertreten. Die Blumen konnten nie ein Ende nehmen, ihre Zahl war unbeschränkt, stets aufs neue blühten sie für sie, von ihrem Mann gepflegt, der sie dann abriß, um sie ihr zu schenken. Sie brauchte nicht zu fordern, alles wurde ihr gegeben.

Daß ihr Mann starb, war ein Mißton, doch er klang nur eine Weile, wurde davongetragen in Fernen, denen sie rasch entfloh, und nach denen sie nicht mehr zurückblickte.

Eines war vorbei, anderes kam, in ewigem leichten Wechsel, der nichts Aufregendes oder nur Ueberraschendes hatte, denn alles Schöne, was sich ihr zuneigte, gehörte ja ihr. Sie nahm es oder, sie verschmähte es oder sie schenkte es fort, — sie hatte kein Herz, das hart und grausam war, wenn es auch nicht ihr Glück ausmachte, mitfühlend jemandem Gutes zu erweisen. Sie tat niemandem etwas Schlechtes. Mehr kam ihr nicht zu.

Reisner war der erste Mensch, der es verschmähte, ihr zu dienen. Das überraschte sie mehr, als es sie kränkte. Und nicht nur das. Es reizte sie, einen Menschen zu sehen, der offenbar von einem ihr Unverständlichem durchwühlt war, der einer Leidenschaft folgte, wo sie doch immer nur einer Neigung gefolgt war.

Sie kannte keine Leidenschaften, sie lagen ihrem Wesen fern. Und doch hätte sie gern von ihnen genippt, neugierig gemacht, von dem Kitzel eines leichten Grauens erfaßt.

Allein sie schrie bald auf, denn sie war seinem brutalen Zugreifen nicht gewachsen. Er nahm sie und unterjochte sie, die es nie gelernt hatte, sich zu wehren, da sie nie vergewaltigt worden war. Sie wollte bloß spielen. Das will auch ich nur, sagte er zu ihr, aber ich spiele mein Spiel, und du spielst es mit! So spielte sie es mit, viele Jahre hindurch, im Grunde froh darüber, daß ein Zweiter es ihr abnahm, sich Gedanken zu machen. Er legte ihr das, was sie glauben sollte, fertig vor, und sie nahm es an, ohne es zu prüfen, denn sie war träge. Langsam und gleichmütig glitt die Zeit.

Und doch ertappte sie sich in einer Stunde, da die Einsamkeit sie zu sich selber rief, dabei, wie sie es allmählich wahrnahm, daß ihr Leben nutzlos verrann. Zuerst wollte sie die Augen schließen und sich blind stellen. Allein die Erkenntnis kam wieder. Und mit ihr der erste Anflug eines Hasses, der sich gegen den richtete, der ihr vielerlei genommen und noch nie etwas gegeben hatte. Sie hätte ihn vielleicht geliebt, wenn ihn nach ihrer Liebe verlangt hätte. So aber nahm er bloß ihr Spiel. Deshalb fing sie an, ihn zu hassen.

Sie glaubte auch nicht mehr an ihn, es schien ihr, daß seine Kraft etwas Hohles habe, seine Phantasie etwas, das lahm war, und daß auch sein Glück zu hinken anfing. Sie wußte nicht, wie das gekommen war, denn äußerlich stand er noch auf jener ersehnlichen Höhe, zu der er sich heraufgeschraubt hatte.

Lag es an seinen Worten? Sie hatten nicht mehr das blind Sichere der früheren Tage. Er war müde. Es war wohl so, daß er selber nicht mehr an sich glaubte, — wie sollte es ihm da auch möglich sein, den Glauben anderer an ihn wach zu halten! Er war kein nüchternes Arbeitstalent wie etwa Herr Friedrich Saalburg, sondern ein Mann, der, um zu wirken, überraschen, überrumpeln mußte. Doch die Tage der Ueberraschungen waren vorbei. Langsam fing auch er schon an, grau zu werden.

Mit der Grausamkeit einer Frau, die enttäuscht ist, wandte Frau von Marisch ihre Gedanken ohne Uebergang einem anderen zu. Noch fand sie es wenig lächerlich, Frau Saalburg zu heißen, und doch spielte sie, halb uneingestanden, schon mit der Idee, diesem Manne nachzugeben, nicht sich oder Saalburg zur Freude, sondern Reisner zum Schmerz, der wähnte, sie für immer festzuhalten.

Die Art Saalburgs kam am meisten der ihres ersten Mannes nahe. Noch einmal hoffte sie, zu fliegen, wenn auch nicht über blaue Berge, so doch über eine schöne Landschaft hin, deren saftfarbiger Herbst sie lockte. Sie war es müde geworden, nur zu säen, während ein anderer erntete, sie sehnte sich nach der Zärtlichkeit eines, der, wie ihr erster Mann, sein Glück darin fand, sie anzubeten. Ach, sie war erst so alt, wie ein Liebender ihr sagte, daß sie es sei!

Ihr Haß gegen Reisner wuchs noch, wenn sie daran dachte, wie schlau und doch mit welcher Offenheit dieser Mann sich ihres Namens bedient hatte, sobald er es im Interesse seines Geschäftes für nötig gehalten hatte.

Gerade hier glaubte er, sie jetzt in der Hand zu haben. Du stehst und fällst mit mir, sagte er zu ihr, wenn ich zugrunde gehe, dann bist auch du verloren!

Es graute sie bei diesem Gedanken, und sie schloß die Augen, um nicht sehen zu müssen. Bestand, bestand Gefahr, daß er recht

begangen wurden, so ist es unmöglich, diese Bürgschaften nicht zu fordern. Die Menschheit wäre ihnen ausgesetzt, wenn sie solche Greuel nochmals sehen sollte. Das wollen wir nicht. (Beifall.) Clemenceau ging näher auf die Pflichten nach dem Kriege ein. Nachdem wir uns des Krieges würdig gezeigt haben, sagte er, werden wir uns des Friedens würdig zeigen müssen. Aus unseren **Verbündeten** haben wir uns **unlösliche Freunde gemacht.** Wir haben Freunde aus unsern alten Feinden, den Engländern, gemacht, die Wunder auf den Schlachtfeldern in Frankreich und in Flandern verrichteten. (Beifall.) — Pichon und Deschanel haben gesagt, was wir **Italien, Serbien und den jungen von uns befreiten Völkern** zu sagen haben. Ich spreche nicht von den Vereinigten Staaten, die alte Freunde sind, die wir schon kannten, und die wir lediglich wiedergefunden haben. **Dem Bündnis im Kriege muß auch ein unerschütterliches Bündnis im Frieden folgen.** (Lebhafter Beifall.) **Die Völker haben begriffen, daß sie alle solidarisch sind.** Den Krieg haben wir schon gewonnen, vielleicht werden wir auf den Frieden noch einige Zeit warten müssen, aber das Geschick unserer Völker ist festgelegt. Clemenceau rief alle Franzosen zur Einigkeit im Frieden wie im Kriege auf. Es ist unser Ruhm, sagte er, ein idealistisches Volk zu sein. Frankreich stellt die ideale Auffassung dar, es führt den großen Kreuzzug der Gerechtigkeit. (Anhaltender Beifall.)

Der öffentliche Anschlag der Rede wurde beschlossen.

Friedensrede Lord Robert Cecils.

Haag, 6. November. (Hollandsch Nieuwsbureaus.) Aus London wird gemeldet: Bei einem Festessen der amerikanischen Journalisten hielt Lord Robert Cecil eine Rede, in der er sagte: Wenn eine gerechte, dauernde Lösung von uns Selbstgehorsam, Selbstkontrolle und Selbstverleugnung fordert, dann müssen wir bereit sein, uns diesen Forderungen zu unterwerfen. Wir sind nicht mit irgendeiner Hoffnung auf Gebietserweiterung oder Vermehrung unserer Macht in den Krieg gezogen, wir sind dem Kriege beigetreten, um den größten Anschlag auf internationale Gerechtigkeit zu verhindern. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Ehre frei bleibt von jeder Besudelung und wir müssen sie bis zum Ende des Kampfes hochhalten. Wenn wir einen dauernden Frieden zustande bringen, muß dieser Gerechtigkeit zur Grundlage haben und darauf müssen wir ein Gebäude errichten, neuer internationaler Art der Gerechtigkeit, im Geringsten wie im Höchsten, das die Heiligkeit der internationalen Verträge sichern wird und die internationale Zusammenarbeit an die Stelle internationaler Konkurrenz stellen soll. Es muß der Keim für ein neues System gelegt werden, das ein Segen für unsere Nachkommen werden soll.

Was der Krieg bringt.

Der Heeresbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 10. November (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Schelde und der Maas ist der Feind gestern unseren Bewegungen über Bonce-Lauze-St. Chielain-Maubeuge-Trelon und über Sermoune westlich von Charleville gefolgt. Auf den östlichen Maashöhen und in der Ebene von Woevre wurden mehrfache Vorstöße der Amerikaner abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Gröner.

Der vermißte Kurier.

WTB. Berlin, 9. November. (Amtlich.) Der Kurier, der die Waffenstillstandsbedingungen aus dem Hauptquartier des Marschalls Foch in das Deutsche Hauptquartier befördern sollte, hat seinen Bestimmungsort noch nicht erreicht. Ueber die Gründe seines Ausbleibens, das anscheinend auf einen Unglücksfall zurückzuführen ist, besteht noch keine Klarheit.

Von deutscher Seite ist daher durch Funkspruch bei unserer Delegation im feindlichen Hauptquartier eine Aufklärung erbeten worden. Marschall Foch wird die Bedingungen nach dem inzwischen eingetroffenen Funkspruch durch einen französischen Flieger in das Deutsche Hauptquartier senden.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg

hat sich der Ebertschen Regierung zur Verfügung gestellt und den Fronttruppen erlaubt, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden. Die Offiziere beteiligten sich daran. Auf diesem Wege ist die Aufrechterhaltung der Ordnung an der Front gewährleistet. Die Oberste Heeresleitung steht mit dem Kriegsministerium in Berlin in Verbindung. Das Kriegsministerium arbeitet ungestört weiter. Das Kriegspresseamt dagegen hat, nachdem heute morgen die rote Wache hineingelegt worden war und darauf die Wahl eines Delegierten zum Arbeiter- und Soldatenrat sich vollzogen hatte, den Dienst vorläufig eingestellt.

Wilhelm II. mit Familie nach Holland entflohen.

Berlin, 10. November. Der Kaiser ist mit einem Gefolge von 10 Herren in Arnheim in Holland eingetroffen und wird dort in der Villa des Barons Bentinck Wohnung nehmen.

Der A.- und S.-Rat teilt mit: In Maastricht sind in Automobilen der frühere Kaiser, die Kaiserin und der Kronprinz eingetroffen und erwarten dort die Entscheidung der holl. Regierung über ihre Zulassung in Holland.

Kriegsminister Scheüch bleibt im Amt.

WTB. Berlin, 9. Nov. Wie wir hören, hat sich der Kriegsminister der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die weitere Ernährung des Heeres und die Lösung der Demobilmachungsaufgabe sicherzustellen.

Die österreichische Flotte versenkt.

WTB. Berlin, 8. Nov. Die frühere österreichisch-ungarische Flotte hat, wie aus Wien gemeldet wird, aufgehört zu existieren: sie ruht auf dem Grunde des Meeres. Die Schlachtschiffe, deren Baukosten bis zu 72 Millionen betrugen, wurden in Pola versenkt, um sie nicht in die Hände der Italiener fallen zu lassen.

Deutsch-Österreich für den Anschluß an Deutschland.

TU. Wien, den 11. November. Der Staatsrat hat gestern abend einstimmig den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland beschlossen. Der Beschluß wurde unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse in Berlin gefaßt. Maßgebend dafür war auch der Umstand, daß die Kronländer, wie Tirol und Salzburg, sich bereits für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen haben und daß diese Tendenz in allen deutschen Gebieten Österreichs, insbesondere in Deutsch-Böhmen, zahlreiche Anhänger besitzt.

Gegen Lansings Beschwerden über angebliche Zerstörung der belgischen Kohlengruben.

Berlin, 8. November. Zu der Protestnote Lansings erfährt das WTB.: Die Reichsregierung hat die in der Note vom 20. Oktober dem Präsidenten Wilson gegebene Zusicherung genau und loyal erfüllt. Es sind damals sofort Befehle an die Truppen ergangen, Privateigentum zu schonen und jede mögliche Rücksicht auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu nehmen. Nachdem am 27. Oktober von neutraler und belgischer Seite behauptet worden war, daß mit der Zerstörung oberirdischer Anlagen von Bergwerken bei Mons begonnen werde, hat die Regierung auf Anfrage bei der Heeresleitung von dieser am 29. Oktober die Erklärung erhalten, daß mit der Zerstörung belgischer Bergwerke an keiner Stelle begonnen sei. Es seien lediglich gewisse Vorbereitungen getroffen, um bei einer Fortdauer der militärischen Operationen durch Außerbetriebsetzung einzelner Maschinen die Fördermöglichkeit für etwa 3 Monate zu unterbrechen. Um auch eine solche vorübergehende Beschädigung der Bergwerke zu vermeiden, hat die Reichsregierung am 31. Oktober den Regierungen Spanien und Hollands vorgeschlagen, die Gruben vollständig unversehrt unter ihre Aufsicht zu nehmen. Eine Stellungnahme der feindlichen Regierungen zu diesem Vorschlage liegt noch immer nicht vor. Trotzdem sind auch jetzt noch keinerlei Zerstörungen belgischer Bergwerke vorgenommen worden.

Revolution in der Dobrudscha?

Aus Bukarest meldet der Telegraph: Das Regierungsblatt „Steagul" vom 6. November meldet amtlich aus Jassy: In der südlichen Dobrudscha ist eine heftige bolschewistische Bewegung ausgebrochen.

Stimmungsmache gegen die Volksregierung?

Haag, 10. November. Aus Haag und Brüssel berichtet der deutsche Gesandte, daß nach ganz zuverlässigen Nachrichten aus Ententekreisen die Entente mit dem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staate keine Regierungsgewalt finden würde, deren Autorität und Dauer genügend verbürgt sein würde. Die Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Fall in Deutschland einzumarschieren und dort Ordnung zu schaffen.

Die Nachricht macht den Eindruck, als ob sie dazu bestimmt ist, die neue Regierung der Bevölkerung als Friedenshindernis zu verdächtigen. Wenn sie zutreffend wäre, dann birgt sich dahinter die Sorge der feindlichen Regierungen vor dem Umsturz im eigenen Lande.

Wilson warnt die Tschecho-Slowaken.

Beim Tschecho-slowakischen Pressebureau ist ein Telegramm Wilsons an die befreiten österreichisch-ungarischen Völker eingetroffen, in welchem es heißt: Es möge mir als Sprecher des größten Teiles Eurer innigsten Freunde erlaubt sein, zu sagen, daß alle Freiheitsfreunde, wo sie auch sind, namentlich die, deren gegenwärtige und augenblickliche Pflicht es ist, den befreiten Völkern der Welt zu helfen und sich in wirklicher Freiheit einzurichten, die Hoffnung und Erwartung hegen, daß entweder die führenden Männer oder Völker der soeben befreiten Länder alles tun werden, um die bevorstehenden Aenderungen ebenso mit Milde und Wohlwollen, wie mit Festigkeit durchzuführen, jeder Gewalttätigkeit vorzubeugen und sie zu verhindern, damit keine unmenschliche Tat die Annalen dieser reorganisierten Menschheit beflecke. Sie wissen, daß solche Taten nur zur Folge hätten, die Erreichung großer Dinge zu verzögern, für die wir alle kämpfen. Sie wenden sich also vertrauensvoll an Euch, damit Ihr jeden Mißbrauch einer Macht unterdrückt, welcher den Fortschritt der Freiheit aufhalten oder beflecken könnte.

Ein Sozialdemokrat im amerikanischen Repräsentantenhaus.

Nach einer Neuyorker Meldung ist nur ein Sozialist ins Repräsentantenhaus gewählt worden, nämlich Victor Berger aus Wisconsin. Victor Berger, ein deutsch-amerikanischer Sozialist, ist bekanntlich wegen seiner Antikriegspropaganda zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Aus Nah und Fern.

Vier Menschen durch Gas vergiftet. In Berlin und Neukölln wurden der 66 Jahre alte Gürtler Emil Schulte und seine Frau Ida, geborene Mühlbach, in ihrer Wohnung Prinz-Handjery-Straße 55 besinnungslos aufgefunden. Aus zwei Gashähnen, die anscheinend aus Versehen geöffnet worden waren, entströmte Gas. Die Frau konnte ins Leben zurückgerufen werden, der Mann ist tot. — In der Grünthaler Straße 11 kam die 25 Jahre alte Ehefrau Anna Ewald, die hier mit ihrem fünf Jahre alten Töchterchen Else wohnte, seit längerer Zeit nicht zum Vorschein. Jetzt fand man beide tot im Bette liegend auf. Sie sind einer Gasvergiftung erlegen, ob durch Mord und Selbstmord oder durch ein Unglück, ließ sich noch nicht feststellen.

Die Todesfälle an der Grippe betrugen in Groß-London in der letzten Woche 2225 gegen 761 in der Vorwoche. Die Blätter verlangen dringend energischere Bekämpfung der Seuche.

Was wir riechen.

Unsere Welt ist eine Welt des Geruches. Alles riecht — und das meiste leider schlecht. Insofern ist es eine zweifelhafte Gabe der Natur, daß sie unser Riechorgan so bewundernswert leistungsfähig ausgestattet hat. Denn es ist erstaunlich, wie winziger Mengen es nur bedarf, um einen noch merklichen Nasenreiz auszuüben. Eine naturwissenschaftliche Plauderei über „Duft und Geruch" im neuesten Hefte des „Prometheus" (Verlag von Otto Spamer, Leipzig) gibt darüber einige lehrreiche Zahlen. In einem Liter Luft riecht man noch ein dreißigmillionstel Milligramm Brom, und Aethylalkohol, in dem der Sauerstoff durch Schwefel ersetzt ist, duftet noch in der verschwindenden Menge von ein neunmilliardenzweihundertmillionstel Milligramm im Liter, die weit kleiner als die geringste spektralanalytisch nachweisbare Menge Natriums ist. Die Natur hat aber wohl gewußt, warum sie unser Riechorgan so vortrefflich ausstattete: durch seine Leistung schützt sich zum Beispiel das Wild vor nahenden Feinden, wird es andererseits auf selbst weiter entferntere Nahrung aufmerksam und überdies hat ja die Geruchsschärfe bekanntlich eine sehr große Bedeutung im Geschlechtsleben. Beinahe noch wichtiger aber ist die „Feinheit" des Geruchs, das will sagen: unsere Fähigkeit, Geruchsquantitäten zu unterscheiden. Unsere Nase entscheidet auf den bloßen Duft zahlreicher Nahrungs- und Genußmittel hin, ob sie genießbar und bekömmlich sind, und sie weiß ranzige Butter, verdorbenes Fleisch und so weiter mit unfehlbarer Sicherheit zu erkennen. Auch unser „Schmecken" ist in Wahrheit nur ein Riechen vom Rachen aus: wer sich die Nase beim Essen zuhält, kennt überhaupt keinen „Wohlgeschmack" mehr, sondern unterscheidet nur noch durch den Gaumen die Eigenschaften salzig, süß, sauer und bitter. Auf diesem Umstande beruht auch das Nichtschmeckenkönnen bei Schnupfen. Wie fein man seinen Geschmack abstufen kann, zeigen einzelne Händler von Tee und Wein (Zungenprobler), von Kaffee, Zigarren und Parfümerien, die Unterschiede merken, die dem Laien verborgen bleiben, und die zugleich gewöhnlich auch ein erstaunliches Gedächtnis für Düfte besitzen.

Wien.
(Vor 70 Jahren.)

Wenn wir noch knieen könnten, wir lägen auf den Knie'n!
Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien!
Doch lange schon verlernten wir Kniefall und Gebet —
Der Mann ist uns der beste, der grad' und aufrecht steht!
Die Hand ist uns die liebste, die Schwert und Lanze schwingt,
Der Mund ist uns der frömmste, der Schlachtgesänge singt!
Wozu noch bittend winseln? Ihr Männer, ins Gewehr —
Heut ballt man nur die Hände, man faltet sie nicht mehr!
Es ist das Händefalten ein abgenutzt Geschäft —
Die Linke an die Scheide, die rechte Hand ans Heft!
Die Linke an die Gurgel dem Sklaven und dem Schuft,
Die Rechte mit der Klinge ausholend in der Luft!
Ein riesig Schilderheben, ein Ringen wild und kühn —
Das ist zur Weltgeschichte das rechte Flehn für Wien!

Ja, Deutschland, ein Erheben! ja Deutschland, eine Tat!
Nicht, wo im roten Dolman einhersprengt der Kroat,
Nicht, wo vom Huf der Rosse das Donauufer bebt,
Nicht wo vom Stephansturme der weiße Rauch sich hebt,
Nicht, wo aus Sklavenmörsern die Brandraketen sprüh'n,
Nicht dorthin, ernster Norden, gewaffnet sollst du zieh'n!
Nicht dorthin sollst du pilgern zur Hilfe, zum Entsatz —
Allwärts, um Wien zu retten, stehst du an deinem Platz!
Räum auf im eigenen Hause! Räum' auf und halte Stich' —
Den Jellachich*) zu jagen, wirf deinen Jellachich!
Ein dreister Schlag im Norden ist auch im Süd ein Schlag:
Mach' fallen unser Olmütz, und Olmütz rasselt nach!

Der Herbst ist angebrochen, der kalte Winter naht —
O Deutschland, ein Erheben! O Deutschland, eine Tat!
Die Eisenbahnen pfeifen, es zuckt der Telegraph —
Du aber bleibst gelassen, du aber bleibst im Schlaf!
Beim Todeskampf der Riesin, da stehst du wie von Stein —
Alles, wozu du dich ermannest, ein kläglich Bravoschrein!

Köln 3. November 1848. **Freiligrath.**

*) Jellachich (sprich Jellatschitsch) österreichischer General, Kroat, der 1848 in Wien die Revolution abwürgte.

Sie wußte nicht einmal, wie sehr sie bei seinen Unternehmungen, die mit den Jahren ständig gewechselt hatten, engagiert war.

Sie mißtraute ihm. Und je größer dieses Mißtrauen wurde — es wuchs, einmal entstanden, mit der Schnelligkeit eines Brandes, dessen Flammen auf leicht entzündliche Stoffe übergreifen —, um so angstvoller drängte es sie zu einem klaren Kopf und einer ruhigen Hand, die sie allein retten konnten.

War es schon zu spät? Sie bereute, Friedrich Saalburg nicht eingeweiht zu haben, denn mit einem Male sah sie auch den Mann in ihm, der allein imstande war, ihr wirksam beizustehen.

Plötzlich erinnerte sie sich auch eines Briefes, den sie heute morgen erhalten hatte und in dem ein Fremder sie bat, daß sie ihn empfange: er sei in der Lage, ihr nicht unwichtige Aufklärungen geschäftlicher Art zu geben.

Sie hatte den Brief fortgeworfen, vermutend, daß er eine jener Belästigungen darstelle, denen Leute ihres Reichtums wegen oft ausgesetzt sind.

Jetzt suchte sie ihn hastig, ohne ihn finden zu können. Das steigerte noch ihre Nervosität. Sie rief ihr Mädchen. „Wenn ein Besuch kommt," sagte sie, „ein Mann, ein Mann beliebigen Namens, — dann lassen Sie ihn vor!"

Daraufhin wurde sie ruhiger. Es schien ihr auch unklug, Friedrich Saalburg schon jetzt einzuweihen. Es kam ihr zum Bewußtsein, welche Macht ihren Millionen innewohnte, gerade einem Manne gegenüber, der den Wert des Geldes kannte. Ihr Geld war es, das sie jung, begehrenswert und unwiderstehlich machte. Was blieb ihr, wenn sie es verlor?

Sie trat noch einmal vor den Spiegel und sah sich mit einem Male ganz anders. Nicht nur die Fältchen an den Augen mißfielen ihr, ihr ganzes Gesicht, schien ihr, war eckiger geworden, hatte jene sanfte Rundung, jenen schönen Schmelz verloren, die man erst wahrnimmt, wenn sie nicht mehr da sind.

Sie dachte an den mit so übertriebener Sorgfalt gepflegten Backenbart Friedrich Saalburgs, der auf das Gesicht eines Alternden wie ein Versuch geklebt war, die Zeit aufzuhalten. Und sie dachte an die grauen Haare Reisners. Und sie erinnerte sich zugleich des letzten Jahrzehnts als einer Zeit, die man ihr gestohlen hat . . .

Oh, noch einmal wollte sie fliegen! Doch wer hob sie in die Höhe?

Es fröstelte sie, wenn sie den Weg sah, den so viele Menschen zu Fuß, über die holprige Erde hin, machen mußten: es war der bittere Weg des Daseins!

Frau von Marisch sah erstaunt auf die fast unmöglich braune Farbe des Anzuges, in dem der fremde Besucher sich ihr vorstellte. Der Schnitt war unmodern. „Wer sind Sie?" fragte sie enttäuscht.

„Ich war so frei, mir für meine Zwecke eine Empfehlung zu verschaffen," antwortete Behrens, „die Empfehlung einer Bank, die Ihnen bekannt ist. Haben Sie die Güte, sie zu lesen."

Frau von Marisch nahm nur widerwillig das Papier, das der Fremde ihr überreichte, und warf einen feindseligen Blick darauf. Doch schnell wurde sie interessierter und las mit einer gewissen Hast. Ihre Wangen röteten sich dabei.

„Wie," sagte sie, und ihr Staunen schlug in Verblüffung um, „Sie sind —?"

„Millionär, gnädige Frau, — ja!"

Wieder klammerte sich ihr Staunen an seinem Aeußeren fest. Gewiß, auf einem Dorf konnte er zur Not so sogar Sonntags gehen. Aber in Berlin? Und gar wenn er Damen der Gesellschaft aufsuchte?

Er sah spöttisch an sich herab. „Sie finden, daß ich nicht elegant genug bin?"

„Verzeihen Sie," sagte sie, sich schämend, und wies ihm einen Platz an, „was führt Sie zu mir?"

„Geschäfte," antwortete er ihr, „gemeinsame Interessen."

Sie wurde schnell wieder mißtrauisch. War diese Schäbigkeit des Aeußeren ein neuer Trick, sich einzuführen? „Ich verstehe nichts von Geschäften," sagte sie kühler, als es eigentlich ihre Absicht war.

„Und ich nicht viel," versetzte er freimütig und in einer Art, die ihr gefiel und Vertrauen einflößte, „immerhin aber soviel, um Ihnen sagen zu können, daß Sie innerhalb acht Tagen ruiniert sein werden, wenn — —"

Ihre Züge verzerrten sich. „Reden Sie," forderte sie ihn hastig auf.

„— — wenn Sie nicht unverzüglich Ihre — Beziehungen" — er sprach dieses Wort langsam und mit Betonung aus und sah sie dabei in einer Weise an, die ihr alles Blut in den Kopf trieb — „— — wenn Sie nicht unverzüglich Ihre Beziehungen zu Hermann Reisner lösen."

Es entstand eine Pause zwischen ihnen, von deren Entschlüssen es abhing, ob Frau von Marisch dem Besucher die Tür weisen oder ob sie die Angst um ihr Vermögen höher als ihre Frauenehre stellen würde. Sie hatte rasch gewählt. Sie lispelte: „Was wissen Sie —?"

Er zog gleichmütig die Schultern hoch: „So ziemlich alles."

Fortsetzung folgt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.